

SWP-Studie

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Guðrun Wacker

Führungswechsel in China

Herausforderungen und Spielräume der
»vierten Generation«

S 2
Januar 2003
Berlin

**Nachweis in öffentlich
zugänglichen Datenbanken
nicht gestattet.**

Abdruck oder vergleichbare
Verwendung von Arbeiten
der Stiftung Wissenschaft
und Politik ist auch in Aus-
zügen nur mit vorheriger
schriftlicher Genehmigung
gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und
Politik, 2003

SWP

Stiftung Wissenschaft und
Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Inhalt

Problemstellung und Schlußfolgerungen 5

Einleitung 7

Herausforderungen 8

Machtmonopol versus Reformpolitik 8

Die KPCh in der Legitimitätskrise 9

Wirtschaftliche Problemfelder 10

Offene und verdeckte Staatsverschuldung 11

Die unvollendete Reform der Staatsunternehmen 11

Staatliche Banken in der Krise 13

Regionale und soziale Ungleichheit 14

WTO-Beitritt als Heilmittel? 15

Schwierige Außenbeziehungen 17

Entscheidungen auf dem 16. Parteitag 18

Institutionalisierter Führungswechsel? 18

Personelle Ergebnisse des 16. Parteitages 19

Das neue Politbüro 20

Hu Jintao, der neue Generalsekretär 21

Agenda 2020: Der Bericht Jiang Zemins 21

»Drei Repräsentationen«: Öffnung der KPCh 22

»Bescheidener Wohlstand« als Ziel 22

Partei und politische Reformen 23

Streitkräfte, Taiwan und die internationale Lage 23

Perspektiven 25

Erwartungen an die neue Führung 25

Aussicht auf politische Reformen? 26

Wachstum als Programm 27

Kontinuität in der Außenpolitik 28

Zukunftsszenarien 28

Anhang 31

Der Ständige Ausschuß des Politbüros

nach dem 16. Parteitag 32

Mitglieder des Politbüros

nach dem 16. Parteitag 35

Zentrale Militärkommission (ZMK) der KPCh 36

Abkürzungen 36

**Führungswechsel in China
Herausforderungen und Spielräume der
»vierten Generation«**

Zwischen Herbst 2002 und Frühjahr 2003 erlebt die Volksrepublik China mit dem 16. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) und dem 10. Nationalen Volkskongreß (NVK) die Übernahme der höchsten Partei- und Regierungsämter durch die sogenannte »vierte Führungsgeneration«. Diese Wacha-blösung vollzieht sich an der Spitze der KPCh ohne ausreichend institutionalisierte Verfahren und in einer Zeit, in der China sich wirtschaftlich und gesellschaftlich wie auch innen- und außenpolitisch schwierigen Herausforderungen gegenüber sieht.

Zu den Hauptproblemen, mit denen sich die neue Führung auseinanderzusetzen hat, zählen die Reform der zum Großteil maroden Staatsunternehmen und des Bankensektors, die Implementierung der WTO-Vereinbarungen, ein wachsendes soziales und regionales Einkommensgefälle, offene und verdeckte Arbeitslosigkeit sowie zunehmende Protest- und Streikaktionen. Hinzu kommen die Schwierigkeiten einer Partei- und Staatsführung, deren Glaubwürdigkeit durch Korruption angeschlagen ist und deren Legitimität zunehmend vom wirtschaftlichen Erfolg abhängt, sowie eine durch die Entwicklungen nach dem 11. September 2001 geschwächte Position gegenüber den USA.

Spekulationen über die künftige Machtverteilung in der KPCh beherrschten die Diskussion unter ausländischen Beobachtern im Vorfeld des 16. Parteitages, der vom 8. bis 14. November 2002 stattfand. Trotz anderslautender Vermutungen trat Jiang Zemin als Generalsekretär der Partei ab. Mit ihm schieden alle Mitglieder der Führung aus, die das 68. Lebensjahr überschritten hatten. Es kann also tatsächlich von einer weitgehenden und geordneten Machtübergabe an die nächste Generation gesprochen werden.

Dennoch brachten die auf dem Parteitag getroffenen Personalentscheidungen keine Klarheit hinsichtlich der künftigen Machtverteilung: Unter den neun Mitgliedern, aus denen sich der neue Ständige Ausschuß des Politbüros, das höchste Parteigremium, zusammensetzt, gelten vier oder sogar fünf als Protegés von Jiang Zemin und als Mitglieder der »Shanghai-Clique«. Jiang selbst blieb Vorsitzender der Zentralen Militärkommission der Partei und damit Oberbefehls-

haber der chinesischen Streitkräfte. Wie groß der politische Einfluß des abgetretenen Generalsekretärs und scheidenden Staatspräsidenten noch sein wird, steht damit aber nicht fest. Inwieweit innerhalb der neuen Führungsspitze unterschiedliche Lösungsansätze vertreten werden, wie groß ihr Konsens bzw. im Falle eines Dissenses ihre Kompromißfähigkeit ist, läßt sich ebenfalls noch nicht einschätzen.

Vorläufig sind in China weder innen- noch außenpolitisch größere Kurskorrekturen zu erwarten. Oberste Priorität besitzen weiterhin Stabilität und Machterhalt der KPCh. Dies soll durch eine Öffnung der Partei für die im Zuge der Reformen neu entstandenen Unternehmer- und Mittelschichten sowie durch anhaltend hohes Wirtschaftswachstum gewährleistet werden. Die Partei versucht damit den Spagat zwischen den Interessen der »Reformgewinner« und jenen einer wachsenden Zahl von »Reformverlierern«. Anstatt von der Partei unabhängige Organisationen und Institutionen zuzulassen, die bei den zunehmenden gesellschaftlichen Spannungen als glaubwürdige Vermittler fungieren könnten, setzt man auf Kooptierung und Einbindung der neuen sozialen Schichten in die Partei. Ausbau und Verbesserung des Rechtssystems sind zwar angekündigt, eine Gewaltenteilung ist jedoch nicht vorgesehen. Die Bekämpfung der innerparteilichen Korruption soll im wesentlichen durch die Partei selbst erfolgen. Die KP sieht ihre Legitimation darin, unterschiedliche gesellschaftliche Interessen unter ihrem Dach zu vereinen und auszugleichen und Chinas nationale Interessen erfolgreich auf der internationalen Ebene zu vertreten.

Sollte die allzu begrenzte politische und institutionelle Anpassung an den wirtschaftlichen Wandel zum Verlust ökonomischer Dynamik und/oder einer dramatischen Zuspitzung sozialer Spannungen führen, ist durchaus vorstellbar, daß die Führung oder ein Teil von ihr tiefere politische Reformschritte einleitet. Diskutiert werden entsprechende Schritte – etwa eine öffentliche Kontrolle der Partei durch mehr Freiräume für die Medien – in Parteikreisen schon seit geraumer Zeit.

Die neue chinesische Führung ist nicht weniger nationalistisch eingestellt als ihre Vorgänger; sie ist außenpolitisch allerdings noch nicht sehr erfahren. Jiang Zemin wird am ehesten auf diesen Bereich weiter Einfluß nehmen wollen. Gerade in der Phase vor und nach dem Führungswechsel kann China kein Interesse an außenpolitischen Konflikten haben. Das Verhältnis zu den USA wird weiterhin die zentrale Rolle im außen- und sicherheitspolitischen Koordi-

natensystem Chinas spielen. Die Beziehungen zu anderen potentiellen Großmächten wie Europa oder Rußland sind demgegenüber von sekundärer Bedeutung, aber auch weniger von grundsätzlichen Divergenzen und Mißtrauen belastet.

Es ergeben sich folgende Schlußfolgerungen:

1. Für Hoffnungen auf eine rasche Demokratisierung Chinas unter der neuen Führung besteht kein Anlaß. Bei Unruhen und Protesten ist weiterhin mit Repressionen zu rechnen. Erwartet werden kann aber gleichzeitig die Ausweitung von politischen Reformexperimenten auf lokaler Ebene (breitere Konsultationsmechanismen, mehr Transparenz, semi-kompetitive Wahlen).
2. Der Kurs, jeweils nur *innerhalb* einzelner Institutionen politische Anpassungen vorzunehmen, ohne das generelle Machtgefüge anzutasten, kann im negativen Fall zum Hemmnis für wirtschaftliche Dynamik werden und zur Stagnation führen, die dann zu einer Legitimitätskrise des Systems führen würde. Im positiven Fall gelingt es der Partei, durch schrittweise politisch-institutionelle Anpassung und verstärkte Konsultation die wirtschaftliche Dynamik aufrechtzuerhalten und dabei die verschiedenen gesellschaftlichen Interessen auszugleichen.
3. Externe Einflußnahme im Sinne einer Stabilisierung oder Destabilisierung des Systems ist nur sehr begrenzt möglich. Deutsche und europäische Politik sollten den Transformationsprozeß in China insbesondere in den Bereichen Rechtssystem und Umwelt weiter unterstützen. Sie sollten aber auch verstärkt Spielräume nutzen, um eigene, nicht nur wirtschaftliche Interessen deutlich zu machen.
4. Auf internationaler Ebene sollte auf deutscher und europäischer Seite das Bemühen im Vordergrund stehen, China vom Nutzen einer Beteiligung an multilateralen Organisationen und Regimen zu überzeugen – nicht zuletzt um der Perzeption entgegenzuwirken, daß nationale Stärke allein durch Unilateralismus und Einsatz militärischer Mittel zur Konfliktlösung zum Ausdruck kommen kann.

Einleitung

Der 16. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas im November 2002 bedeutete einen Einschnitt für China nicht nur, weil sich ein Führungswechsel in den höchsten Parteiämtern vollzog, sondern auch, weil dieser Wechsel trotz mangelnder Transparenz weitgehend »geordnet« verlief. Die Wachablösung betrifft neben der Position des Generalsekretärs der KP, die seit 1989 von Jiang Zemin bekleidet wurde, alle wichtigen Gremien der Partei auf zentraler Ebene und, zum Teil schon seit dem letzten Jahr, auch einen Großteil der höchsten Provinzämter.

Im Frühjahr 2003 wird sich dieser Generationswechsel auf dem 10. Nationalen Volkskongreß (NVK), dem Parlament, auch in den höchsten Regierungsposten vollziehen. Jiang Zemin wird als Staatspräsident abdanken, Zhu Rongji das Amt des Premierministers aufgeben. Auch Li Peng, Vorgänger Zhu Rongjis im Amt des Premierministers und seit 1998 Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des NVK, wird abtreten.

Die »junge« Führungsriege der heute 60jährigen, die mit dem 16. Parteitag und dem 10. NVK in Spitzenpositionen aufrückt, wird China voraussichtlich für die nächsten fünf oder sogar zehn Jahre regieren. Angesichts der massiven Herausforderungen, denen sich das Land in praktisch allen Bereichen von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Außenpolitik gegenüber sieht, wird es nicht nur eine zentrale Frage sein, mit welchen Lösungsansätzen die neue politische Spitze an diese Probleme herangeht, sondern auch, welchen Handlungsspielraum sie haben wird, um ihre Vorstellungen umzusetzen.

Für die frei werdenden Positionen in Partei und Regierung gab es Kandidaten, deren Aufstieg in die Spitze zu Beginn des Jahres 2002 als gesichert galt. Da aber zumindest für die Parteiposten kein institutionalisiertes Verfahren existiert, das Nachfolgefragen regelt, blieb ein Rest von Unsicherheit darüber bestehen, ob die als aussichtsreich gehandelten Anwärter tatsächlich das Rennen machen oder ob Teile der alten Führung nicht doch an ihren Ämtern festhalten würden.

Biographische Daten über die führenden Vertreter der »vierten Führungsgeneration« liegen zwar vor, Unklarheit besteht jedoch über ihre Agenda. Dies läßt

sich hauptsächlich darauf zurückführen, daß es in der Phase vor der endgültigen Bestätigung in einer Position für die Anwärter (überlebens)wichtig ist, sich nicht mit gewagten Ideen, Vorhaben und Plänen hervorzutun, die eine Kandidatur möglicherweise gefährden könnten. »*Low profile*« ist daher die Devise. Damit ist auch zu erklären, daß die Erwartungen an die nächste Führungsgeneration sowohl unter ausländischen Beobachtern als auch in China selbst weit auseinandergehen. Insbesondere die Frage politischer Reformen – von vielen Experten außerhalb Chinas als längst überfällig und unabdingbar für die erfolgreiche Fortsetzung auch wirtschaftlicher Reform und Modernisierung angesehen – wird kontrovers diskutiert.

Die vorliegende Studie gibt im ersten Teil einen kurzen Überblick über die derzeitigen politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und außenpolitischen Probleme Chinas, also über die wichtigsten Herausforderungen und Widersprüche, denen sich die neue Führung nach mehr als zwei Jahrzehnten Reformpolitik gegenüber sieht. Der zweite Teil stellt die personellen Ergebnisse des 16. Parteitages und die Programmatik mit Blick auf die dargestellten Problembereiche vor. Abschließend werden Handlungsspielräume der neuen Führung und mögliche Entwicklungsszenarien für die nächsten Jahre diskutiert.

Herausforderungen

Zum Beginn dieses Jahrhunderts sieht sich China nach über zwanzig Jahren Reformpolitik trotz unbestreitbarer Erfolge mit einer Vielzahl von politischen, ökonomischen und sozialen Problemen konfrontiert. Wirtschaftliche Liberalisierung, dynamisches Wirtschaftswachstum und Pluralisierung der Gesellschaft machen die Aufrechterhaltung des Einparteiensystems und die Wahrung sozialer Stabilität zunehmend schwieriger. Der Übergang von einer sozialistischen Planwirtschaft zu einer Marktwirtschaft stellt neue Anforderungen an das politische System und die politischen Institutionen. Die chinesische Führung reagiert auf diese politischen Erfordernisse nur zögerlich und mit kleinen Schritten, um das Machtmonopol der Kommunistischen Partei nicht zu gefährden. Die Spannungen in der Gesellschaft haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Die Legitimation der KPCh hängt vom weiteren wirtschaftlichen Erfolg des Landes ab, der unter den gegenwärtigen Bedingungen nur noch mit finanzieller Unterstützung des Staates zu gewährleisten ist. Chinas Bruttoinlandsprodukt (BIP) steht zwar an siebter Stelle in der Welt,¹ doch sein BIP pro Kopf weist es nach wie vor als armes Entwicklungsland aus. Auf längere Sicht könnte der Erhalt des politischen Systems den Modernisierungs- und Großmachtambitionen im Wege stehen. Der im Westen häufig als sicher angenommene Aufstieg Chinas zur Weltmacht ist angesichts der Widersprüche, die das Land prägen, jedenfalls alles andere als garantiert.

Die im folgenden kurz vorgestellten Themenfelder stehen für die wichtigsten und am meisten diskutierten Probleme, wobei kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben wird.

¹ Angaben der Weltbank basierend auf dem Jahr 2000. Siehe World Development Indicators 2002, <http://www.worldbank.org/data/wdi2002/tables/table1-1.pdf> (Zugriff: 5.1.2003). Auf der Basis von Purchasing Power Parities (PPP) berechnet, steht Chinas BIP sogar an zweiter Stelle hinter den USA, pro Kopf allerdings nur auf Platz 124.

Machtmonopol versus Reformpolitik

Wenn auch politische Reformen im Sinne der Aufgabe des Machtmonopols der KPCh und einer Demokratisierung bislang in China nicht stattgefunden haben, so läßt sich doch konstatieren, daß das Bild einer mit eiserner Hand herrschenden monolithischen Partei bzw. einer Partei, in der sich zwei Flügel aus »Reformbefürwortern« und »Konservativen« bekämpfen, wie es häufig in der westlichen Wahrnehmung fortbesteht, keineswegs mehr zutrifft. Insbesondere die zweite Hälfte der neunziger Jahre war gekennzeichnet durch einen breiten innerparteilichen Grundkonsens über die Notwendigkeit einer Fortführung der Wirtschaftsreformen bei gleichzeitiger Stabilisierung der Einparteiherrschaft.²

Für das bisherige Ausbleiben tiefgreifender Reformen des politischen Systems spielte ein externer Faktor eine zentrale Rolle: Die von Michael Gorbatschow in der Sowjetunion eingeleitete »Perestrojka« (wörtlich: Umbau) und der schließliche Zerfall des früheren großen sozialistischen Bruderlandes in eine Vielzahl unabhängiger Republiken kann in seiner Wirkung auf China gar nicht überschätzt werden. Das Schicksal der einstigen Supermacht diente der Führung Chinas als Bestätigung für den eigenen Reformweg, der auf wirtschaftliche Transformation unter weitgehender Bewahrung der politischen Machtstrukturen setzte. Die ökonomische Entwicklung Rußlands und anderer Nachfolgestaaten der Sowjetunion nach 1991 war auch nicht dazu angetan, die politischen Entscheidungsträger in China von der Richtigkeit des umgekehrten Vorgehens zu überzeugen. Ein Schicksal wie das der Sowjetunion soll aus ihrer Sicht um jeden Preis vermieden werden.

Für die chinesische Politik gilt also nach wie vor das Machtmonopol der Partei als unantastbar; jegliche Opposition wird systematisch unterbunden. Daraus resultiert das Verbot unabhängiger Gewerkschaften oder Studentenverbände wie auch religiöser Vereinigungen, die nicht in die staatliche Autorität ein-

² Siehe dazu Sebastian Heilmann, Das politische System der Volksrepublik China, Wiesbaden 2002, S. 39ff.

gebunden sind (Beispiele: Falungong, katholische und protestantische Untergrundkirche).

Gewaltenteilung hat in diesem politischen System keinen Platz. Das gesetzliche Regelwerk wird zwar, vor allem im Zuge des WTO-Beitritts, ausgebaut, die Implementierung von Recht allerdings stützt sich auf eine Gerichtsbarkeit, deren Personal nicht nur schlecht ausgebildet, sondern vielfach auch der Einmischung durch lokale Behörden und Parteifunktionäre ausgesetzt ist.³

Die KPCh in der Legitimitätskrise

Die Kommunistische Partei Chinas hatte nach offiziellen Angaben Mitte 2002 etwas mehr als 66 Mio. Mitglieder und war damit seit dem 15. Parteitag im Herbst 1997 um 6 Mio. gewachsen. Während sowohl in den regionalen als auch in den Spitzenpositionen der KPCh auf zentraler Ebene eine deutliche Verjüngung eingetreten ist, trifft dies auf die Partei insgesamt nicht zu.⁴

Auf den oberen Ebenen der KPCh existieren verschiedene Gruppierungen (engl.: *factions*) oder Seilschaften, die ein auf persönlichen Beziehungen basierendes und hierarchisch strukturiertes Geflecht unterhalten. Hatten sich Loyalitäten in diesen Geflechten bis in die siebziger Jahre sowohl über persönliche Beziehungen als auch über ideologische Affinitäten (»Kampf zweier Linien«) entwickelt, so fußten sie ab Beginn der achtziger Jahre aufgrund eines ideologischen Grundkonsenses (»Reform und Öffnung«) stärker auf politisch-operativen und bürokratischen Gemeinsamkeiten. Unterschiede in der ideologischen Ausrichtung spielten keine wesentliche Rolle mehr, und Machtkämpfe zwischen Gruppen liefen gemäßiger und »zivilisierter« ab (politischen Gegnern wurde auch nach ihrer Niederlage zumeist ein gesichtswahrender Abgang von der politischen Bühne ermöglicht). Nach Deng Xiaopings Tod im Jahr 1997 war informelle Macht – Deng und eine Gruppe der alten Führungselite hatten auch nach ihrem Ausscheiden aus Partei- und Staatsämtern Einfluß auf zentrale

Entscheidungen genommen – innerhalb der KP zurückgedrängt worden.

Mittlerweile stehen vorwiegend machtpolitische Interessen der Gruppierungen in der Führungselite im Vordergrund. Diese ist heute entlang gemeinsamer Lebensläufe (universitär, regional oder institutionell) organisiert.⁵ Unter der Ägide Jiang Zemin spielte die sogenannte »Shanghai-Clique«, die Jiang selbst und seine Protegés umfaßt, die zentrale Rolle.⁶ Solche Beziehungsgeflechte nehmen nach wie vor Einfluß auf politische Prozesse und Entscheidungen.

Ein Problem, das auch die politische Führung als »Frage von Leben und Tod« der Partei ansieht, ist die grassierende Korruption, die durch Intransparenz, fehlende Rechtsstaatlichkeit, unvollendete Transformation und mannigfaltige Möglichkeiten des *Rent Seeking* begünstigt wird. In den letzten Jahren kam eine Reihe von Korruptionsskandalen ans Licht, in die zum Teil höchste Parteifunktionäre verwickelt waren. Chinesische Untersuchungen, wie sie zum Beispiel in einer 2001 erschienenen Studie (Hu Angang und Guo Yong, Qinghua-Universität Beijing) vorgelegt wurden, kamen zu dem Ergebnis, daß nur 10 bis 20% aller Korruptionsfälle aufgeklärt und nur 6,6% der involvierten Parteifunktionäre auch strafrechtlich verfolgt werden.⁷ Laut den Tätigkeitsberichten des Präsidenten des Obersten Volksgerichtshofes und des Obersten Volksstaatsanwaltes wurde im Jahr 2001 in über 36 000 Korruptionsfällen ermittelt. Mehr als 20 000 Personen wurden verurteilt, von denen 89 Kader auf Bezirks- und Abteilungsebene, 5 sogar auf Provinz- und Ministerebene waren.⁸ Daß die Partei unter solchen Bedingungen in den Augen der Bevölkerung an Glaubwürdigkeit und entsprechend an Legitimität eingebüßt hat, liegt auf der Hand. Eine Reihe von offiziell durchgeführten Untersuchungen, deren Ergebnisse veröffentlicht oder parteiintern zirkuliert

⁵ Siehe dazu Lowell Dittmer, Chinese Factional Politics under Jiang, in: Gang Lin/Susan Shirk (Hg.), *The 16th CCP Congress and Leadership Transition in China*, Washington, D.C.: Woodrow Wilson International Center for Scholars (Asia Program Special Report, No. 105), <http://wwics.si.edu/asia/support/asiarpt105.pdf> (Zugang 25.9.2002), S. 20–27.

⁶ Siehe dazu genauer Cheng Li, *The »Shanghai Gang«: Force for Stability or Cause of Conflict?*, in: *China Leadership Monitor*, (Winter 2002) 1, Part 2, <http://www.chinaleadershipmonitor.org/20011b/CLM20022CL.pdf> (Zugriff: 15.11.2002).

⁷ Zit. n. [o.Verf.], *Something Rotten in the State of China*, in: *The Economist*, 16.2.2002, S. 55.

⁸ Siehe Heike Holbig, *Die Politik entdeckt die »benachteiligten Gruppen«*, in: *Ca*, März 2002, S. 266–274 (271).

³ Die Ernennung von Richtern und Staatsanwälten sowie die Bezahlung ihrer Gehälter und anderer Kosten der Gerichte liegen in lokaler Hand. Siehe zur Rechtspraxis ausführlicher Chen Jianfu, *Implementation of Law as a Politico-Legal Battle in China*, in: *China Perspectives*, (September–Oktober 2002) 43, S. 26–39.

⁴ Siehe [Ü13], KPCh meldet 66 Millionen Mitglieder, in: *China aktuell* (Ca), August 2002, S. 849–850.

wurden, zeigen, daß Unzufriedenheit und Zynismus in der Gesellschaft auf dem Vormarsch sind.⁹

Wirtschaftliche Problemfelder

Eines der Hauptthemen in westlichen Medienberichten über China sind die hohen Wachstumsraten, die die chinesische Wirtschaft seit Beginn der Reformperiode auszeichneten. Zwischen 1979 und 2001 betrug das offizielle Wirtschaftswachstum Chinas 9,8% im jährlichen Durchschnitt; das BIP hat sich somit in diesem Zeitraum etwa versiebenfacht.

Dieses beeindruckende Ergebnis stößt allerdings bei ausländischen Experten auf erhebliche Skepsis – hauptsächlich aufgrund fehlerhafter Datenaggregation bzw. gefälschter, das heißt geschönter Zahlenmeldungen.¹⁰ Im Frühjahr 2002 wurden immerhin von offizieller chinesischer Seite erhebliche Mängel bei der Datenerhebung eingestanden: Bei einer Untersuchung des Nationalen Statistikamtes von Mai bis Oktober 2001 wurden allein 60 000 Verstöße gegen das chinesische Statistikgesetz festgestellt, von denen 20 000 strafrechtlich verfolgt wurden.¹¹ Wenn von 31 Gebietseinheiten nur drei Provinzen niedrigere Wachstumsraten melden als die landesweite, 25 aber deutlich höhere, ohne daß dafür irgendeine Erklärung gegeben wird, dann läßt dies nur den Schluß auf gravierende Mängel im Statistikwesen zu.¹² Eine gewisse Skepsis gegenüber chinesischen Statistiken erscheint demnach angebracht. Dennoch sind die offiziellen Wachstumsangaben der chinesischen Wirtschaft nicht völlig ungläubwürdig, wenn Indikatoren wie die Zunahme der Importe und der staatlichen

Einnahmen mit herangezogen werden, bei denen es keine Veranlassung zu Übertreibungen gibt.¹³

Seit der Asienkrise der Jahre 1997–98, die sich indirekt auch auf China auswirkte, können jährliche Wachstumsraten von über 7% nur noch mit Hilfe staatlicher Konjunkturprogramme erreicht werden. Nach offiziellen chinesischen Verlautbarungen tragen diese Programme zur Belebung der Binnennachfrage jährlich ca. 1,5–2% zum Wachstum der chinesischen Wirtschaft bei.¹⁴ Premierminister Zhu Rongji erklärte im Frühjahr 2002, ohne diese aktive Fiskalpolitik wäre die Wirtschaft schon vor Jahren zusammengebrochen.¹⁵

Auch für 2002 wurde offiziell ein Wachstum von 7% angestrebt.¹⁶ In den ersten drei Quartalen konnte diese Vorgabe mit 7,9% sogar noch übertroffen werden.¹⁷

Hohes Wachstum der chinesischen Wirtschaft ist auch weiterhin notwendig, da jedes Prozent Wachstum etwa einer Million zusätzlicher Arbeitsplätze entspricht. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist und bleibt eines der größten Probleme für China: Neben Millionen von Menschen, die durch Umstrukturierung im staatlichen Sektor und in der Landwirtschaft freigesetzt werden (siehe dazu unten), muß der Arbeitsmarkt jährlich etwa 12–13 Mio. neue Arbeitskräfte absorbieren.¹⁸ Eng mit der Frage der Arbeitslosigkeit und ihrer sozialen Folgen verknüpft sind die weiter unten dargestellten Problemkomplexe der Staatsverschuldung, des staatlichen Bankensystems und des Sozialversicherungssystems.

Eine zentrale Frage für die weitere Wirtschaftsentwicklung ist, ob Partei und Staat die anstehenden Probleme durch *mehr* oder durch *weniger* direkte Eingriffe lösen können. Trotz wiederholter Ankündigungen, sich aus dem Management von Betrieben und Banken herauszuhalten, gibt es offenbar erhebliche

⁹ Zwei solcher Untersuchungen sind zitiert in: Joseph Fewsmith, *Is Political Reform Ahead? Beijing Confronts Problems Facing Society – and the CCP*, in: *China Leadership Monitor*, (Winter 2002) 1, <http://chinaleadershipmonitor.org/20011/CLM20011JF.pdf> (Zugriff 31.10.2002).

¹⁰ Vor allem Thomas Rawski zweifelt die offiziellen chinesischen Wachstumsangaben an. Er argumentiert unter anderem damit, daß das BSP 1997–2000 offiziell um 24,7% gestiegen ist, während der Energieverbrauch im selben Zeitraum um 12,8% zurückging. Siehe James Kynge, *Pyramid of Power behind Numbers Game*, in: *Financial Times* (FT), 28.2.2002, S. 6; Thomas G. Rawski, *Where's the Growth?*, in: *Asian Wall Street Journal* (AWStJ), 19.4.2002, S. A9.

¹¹ Kynge, *Pyramid of Power behind Numbers Game* [wie Fn. 10], S. 6.

¹² Siehe Werner Pascha/Markus Taube, *Zwischen Wirtschaftswunder und Spekulationsblase*, in: *Handelsblatt*, 11.4.2002, S. 8.

¹³ Siehe dazu ausführlicher Nicholas Lardy, *China Will Keep on Growing*, in: AWStJ, 14.6.2002, S. A11.

¹⁴ Angaben des chinesischen Finanzministers. Siehe James Kynge, *China's Economic Growth Beats Forecasts*, in: FT, 17.4.2002, S. 5.

¹⁵ Zit. in: Hugo Restall, *Proving the Critics Right*, in: AWStJ, 15.5.2002, S. A11.

¹⁶ [Ü 25], NVK beschließt Indikativplanung für 2002, in: Ca, März 2002, S. 252–254.

¹⁷ Peter Wonacott, *China's Economy Expands Sharply As Exports Surge*, in: AWStJ, 17.10.2002, S. A1 und S. A4.

¹⁸ Nach Angaben des Vize-Arbeitsministers, zit. in: [o.Verf.], *China's Jobless Rate to Surge in Coming Years*, Official Says, in: AWStJ, 30.4.2002, S. 3.

institutionelle, bürokratische und politische Widerstände gegen die tatsächliche Preisgabe der Kontrolle.

Offene und verdeckte Staatsverschuldung

Für das Jahr 2002 wird ein Haushaltsdefizit in Höhe von 309 Mrd. Yuan (= 43,5 Mrd. Euro) erwartet.¹⁹ Das entspricht etwa 3% des BIP und wäre mit Maastricht-Kriterien konform, stellt aber für China einen neuen Rekord dar (im Jahr 2001 betrug das Minus 2,7%; die offizielle Staatsverschuldung lag akkumuliert bei 16,3% des BIP).²⁰ Hinzu kommt allerdings eine erhebliche verdeckte Staatsverschuldung (siehe dazu unten).

Neben dem seit 1998 jährlich erneuerten staatlichen Konjunkturprogramm belasten den Staatshaushalt auch die fiskalischen Maßnahmen, mit denen die sozialen Folgen der Umstrukturierung von Staatsbetrieben gemildert werden sollen (Mindestzuwendungen für freigesetzte Arbeiter und Rentner aus Staatsbetrieben). Die Posten für Sozialausgaben im Budget sind zwischen 1998 und 2001 um mehr als das Fünffache angestiegen.²¹

Während der chinesische Finanzminister die Verschuldungssituation als nicht dramatisch betrachtet, sehen einige westliche Beobachter darin eine Zeitbombe, auch wenn die aktuelle Situation noch nicht als alarmierend eingeschätzt wird. China besitzt mit 212 Mrd. US-Dollar (Stand Ende 2001) ein komfortables Polster an Devisenreserven, und die Auslandsverschuldung hat mit 150 Mrd. US-Dollar ein noch relativ niedriges Niveau.

Nach einer Studie der Weltbank hat der Staat allerdings eine Reihe von impliziten Verpflichtungen, insbesondere im Zusammenhang mit Rentenansprüchen und notleidenden Krediten der staatlichen Geschäftsbanken.²² In der Sozialversicherung beliefen sich die

Verpflichtungen bereits im Jahr 1996 auf 1,9 Bio. Yuan (229 Mrd. US-Dollar), außerdem wurde 1999 durch spezielle Schuldverschreibungen die Rekapitalisierung von Banken und die Übernahme notleidender Kredite durch *Asset-Management-Gesellschaften* finanziert (insgesamt 1,27 Bio. Yuan; das entspricht 153 Mrd. US-Dollar).²³ Westliche Untersuchungen gehen daher davon aus, daß die bereinigte Staatsverschuldung Ende 2001 72% oder sogar 115% des BIP betrug.²⁴ Wenn die Probleme der Sozialversicherung und der notleidenden Kredite in den nächsten Jahren nicht gelöst werden und statt dessen noch weiter zunehmen, könnte China auf eine staatliche Schuldenkrise zusteuern.

Die unvollendete Reform der Staatsunternehmen

Eine grundlegende Reformierung der staatlichen Unternehmen war im ersten Jahrzehnt der Reformphase nicht vorgesehen. Die in den achtziger Jahren eingeleiteten Maßnahmen beschränkten sich auf das Management, ohne die Eigentumsfrage anzutasten.²⁵ Der Staatssektor stellte die eigentliche Machtbasis der KPCh in den Städten dar, so daß hier neben sozialen Folgen auch zentrale politisch-ideologische Fragen berührt waren.²⁶

Chinas Strategie bei der in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre begonnenen Reform und Umstrukturierung der Staatsbetriebe besteht in der Privatisierung kleiner und mittlerer Unternehmen, der Stilllegung unrentabler Betriebe und der Bildung großer Unternehmenskonglomerate (nach dem Vorbild der südkoreanischen »Chaebols«) durch Übernahmen, die dann national einen hohen Marktanteil haben und auch international konkurrenzfähig sein sollen.²⁷ Es

¹⁹ Kai Strittmatter, Wachstum und Fäulnis, in: Süddeutsche Zeitung (SZ), 5.3.2002, S. 23.

²⁰ [O.Verf.], Chinas Führer erkaufen sich eine Galgenfrist, in: Neue Zürcher Zeitung (NZZ), 7.3.2002, S. 9; [Ü 28], »Erfolgreiche Implementation des Haushalts 2001«. Bericht des Finanzministers auf der NVK-Tagung, in: Ca, März 2002, S. 257–258.

²¹ [Ü 28], »Erfolgreiche Implementation des Haushalts 2001« [wie Fn. 20], S. 257.

²² Kathie L. Krumm/Christine P. Wong, Analyzing Government Fiscal Risk Exposure in China, in: Government at Risk. Contingent Liabilities and Fiscal Risk, hg. von Hana Polackova Brixl/Allen Schick, Washington, D.C.: World Bank, April 2002, http://www-wds.worldbank.org/servlet/WDSContentServer/WDSP/IB/2002/10/12/000094946_02100204021865/Rendered/

PDF/multi0page.pdf (Zugriff: 5.12.2002).

²³ Chi Lo, Beijing's Budget Time Bomb, in: AWStJ, 12.3.2002, S. A6.

²⁴ Zit. in: Wing Thye Woo, Some Unorthodox Thoughts on China's Unorthodox Financial Sector, <http://unr.edu/homepage/elliott/cer134woo.pdf> (Zugriff: 4.12.2002).

²⁵ Siehe An Chen, Socio-economic Polarization and Political Corruption in China: A Study of the Correlation, in: Journal of Communist Studies and Transition Politics, 18 (2002) 2, S. 53–74 (63).

²⁶ Siehe Sebastian Heilmann, Die »Lebensadern« der Parteiherrschaft und die Zukunft der KPCh, in: Ca, September 1994, S. 940–944.

²⁷ William Pfaff, What Future for China if It Can't Compete Globally?, in: International Herald Tribune (IHT), 23.2.2002, S. 8.

gibt aber noch kein Konkursgesetz, obwohl dies schon seit Jahren diskutiert wird.²⁸

Zudem wird versucht, Staatsunternehmen durch Börsennotierung mittels privater Ersparnisse zu rekapitalisieren, um den Staatshaushalt (und die Staatsbanken) zu entlasten. Der Aktienmarkt gehorcht damit einer politischen und nicht einer ökonomischen Logik: Die an der Shanghaier Börse notierten Unternehmen sind nicht unbedingt die gewinnträchtigsten; bis März 2001 konnten Provinzregierungen Unternehmen ihrer Wahl nach einem Quotensystem an die Börse bringen.²⁹ Seit Ende 2001 soll allerdings durch strengere Bestimmungen mehr Transparenz und Qualität gewährleistet werden.

Obwohl der Anteil staatlicher Unternehmen an der Industrieproduktion landesweit, wenn auch mit großen regionalen Unterschieden, im Jahr 2000 nur noch 28% betrug – im Jahr 1980 waren es noch 76% –, fließen den Staatsunternehmen nach wie vor etwa 80% der Kredite der Staatsbanken zu³⁰ (siehe dazu unten, S. 13).

Ein wesentliches Problem bei der Reform des Staatssektors besteht darin, daß Staatsunternehmen durch Pensionsverpflichtungen gegenüber ihren ausgeschiedenen Arbeitern und Angestellten belastet sind. Ende der achtziger Jahre wurde mit dem Aufbau eines städtischen Sozialversicherungssystems begonnen, das auf einer Kombination von Umlage- und Kapitaldeckungsverfahren basiert und seit 1997 auf Provinzebene verwaltet wird.³¹ In dieses System sollten auch kollektive und private Unternehmen einbezogen werden, was bisher aber nur partiell gelungen ist. Seit 1997 übersteigen die Auszahlungen die Einzahlungen, wobei das Defizit von 7 Mrd. Yuan (ca. 854 Mio. US-Dollar) im Jahr 1998 auf 30 Mrd. Yuan (3,66 Mrd. US-Dollar) im Jahr 2000 anwuchs. Die entstandenen »Löcher« erhöhen die Sozialausgaben des Staates und damit tendenziell auch die Staatsverschuldung. Versuche im Jahr 2001, die Rentenfonds durch den Verkauf von Aktienanteilen an florierenden staat-

lichen Unternehmen zu rekapitalisieren, führten zu Kurseinbrüchen an der Börse und mußten deshalb wieder eingestellt werden.³² Solange keine andere Lösung gefunden wird, bleibt dem Staat keine andere Wahl als weitere Zuschüsse für das Sozialversicherungssystem aufzubringen. Da das Rentenversicherungssystem nicht auf nationaler, sondern auf regionaler (und zum Teil betrieblicher) Ebene gemanagt wird, haben sich zudem große Unterschiede zwischen reichen Küstenprovinzen, in denen der Anteil des staatlichen Sektors bereits gering ist und die sich ein solches System eher leisten können, und den ärmeren Gebieten herausgebildet.³³

Weitere aus der Reform der Staatsunternehmen resultierende soziale Folgen müssen ebenfalls abgefedert werden. Mit dem Begriff *xiagang* (wörtl.: »den Wachdienst beenden«) bezeichnet man freigesetzte Arbeiter aus staatlichen Betrieben, die ohne zu arbeiten auf der Lohnliste der Unternehmen bleiben, aber nur eine Mindestzuwendung bekommen. Sie gelten nicht als Arbeitslose. 2001 wurden nach offiziellen Angaben 5,15 Mio. Arbeiter aus staatlichen Unternehmen auf diese Weise freigesetzt (2000: 6,5 Mio.).³⁴ Von insgesamt 25,5 Mio. im Zeitraum 1998–2001 entlassenen Arbeitskräften aus Staatsbetrieben fanden nur 17 Mio. eine neue Anstellung, wobei die Wiedervermittlungsrates jedes Jahr zurückging.³⁵ Andere Schätzungen gehen von einer noch höheren Zahl von *xiagang* aus, die keine neue Arbeit gefunden haben. Während die offizielle Arbeitslosenquote in den Städten im Jahr 2001 3,6% betrug, könnte sich die tatsächliche Zahl einschließlich nicht beschäftigter *xiagang* sowie Angestellter und Arbeiter in Staatsunternehmen, die weder bezahlt noch entlassen

28 [O.Verf.], China stockt seinen Militäretat kräftig auf, in: Handelsblatt, 5.3.2002, S. 6.

29 Pascha/Taube, Zwischen Wirtschaftswunder und Spekulationsblase [wie Fn. 12], S. 8.

30 Christoph Hein, Der zerbrechliche Gigant, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 21.2.2002, S. 13.

31 Siehe dazu ausführlich Han Zhuang, The Pension Funding Reforms in China, in: China Perspectives, (September–Oktober 2002) 43, S. 17–24; Yaohui Zhao/Jianguo Xu, Chinese Urban Pension System: Reforms and Problems, 30.11.2001, <http://old.ccer.edu.cn/workingpaper/paper/e2001011.doc> (Zugriff: 5.12.2002).

32 Siehe Barry Naughton, Selling Down the State Share, in: China Leadership Monitor, (März 2002) 1, Part 2, <http://www.chinaleadershipmonitor.org> (Zugriff: 2.12.2002).

33 Siehe Han Zhuang, The Pension Funding Reforms in China [wie Fn. 31], S. 19. Ein Problem für das Sozialversicherungssystem ist auch die demographische Entwicklung Chinas: Schon jetzt machen über 60jährige 10% der Bevölkerung aus. Im Jahr 2020 wird das Verhältnis zwischen Rentnern und Arbeitskräften 1 zu 2,2 betragen, im Jahr 2030 1 zu 1,8. Siehe ebd., S. 23.

34 [O.Verf.], China Claims 7% Growth, Job Fears Rise, in: IHT, 1.3.2002, S. 12.

35 So Chinas Vize-Arbeitsminister, zit. in: China's Jobless Rate [wie Fn. 18], S. 3; David Murphy, Nothing More To Lose, in: Far Eastern Economic Review (FEER), 7.11.2002 (Online-Ausgabe).

werden, auf circa 56 Mio. belaufen, was einer städtischen Arbeitslosenquote von 27% entspräche.³⁶

Staatliche Banken in der Krise

Eng mit dem Problem der Staatsbetriebe hängt die Entwicklung des chinesischen Bankensystems zusammen. Die vier großen Staatsbanken – Bank of China, Agricultural Bank of China, China Construction Bank und Industrial and Commercial Bank – waren in der Vergangenheit im wesentlichen Einrichtungen für den Transfer staatlicher Mittel an Staatsunternehmen. Auch nach dem Beginn von Reformen im staatlichen Sektor war die Kreditvergabe der vier großen Banken nicht an Kriterien wie Risikoabwägung, sondern an politischen Vorgaben ausgerichtet. Die Staatsbanken sind nicht kommerziell orientiert; vielmehr fungieren sie als quasi-fiskalische Einheiten, die verlustträchtige staatliche Unternehmen alimentieren – teilweise zu dem einzigen Zweck, ihren Verpflichtungen zur Zahlung von Sozialleistungen nachzukommen. Darüber hinaus finanzieren sie öffentliche Investitionsprojekte nach staatlichen Vorgaben. Interne Kontrollmechanismen und externe Aufsicht setzen sich nur langsam durch.

Aus solchen Strukturen resultiert eine große Anzahl notleidender Kredite (Non-Performing Loans, NPL). Genaue Daten über das Ausmaß des Problems liegen nicht vor; die Schätzungen chinesischer und ausländischer Experten variieren zwischen 300 und 600 Mrd. US-Dollar, das heißt zwischen 30 und 60% des BIP.³⁷

Seit 1997, als im Gefolge der Asienkrise erstmals eine nationale Finanzkonferenz abgehalten wurde, steht dieses Problem ganz oben auf der Prioritätenliste der Regierung. Bisherige Versuche, die vier Staatsbanken zu rekapitalisieren, waren aber nicht sehr erfolgreich. Zwar wurden im Jahr 1999 vier sogenannte *Asset-Management-Gesellschaften* gegründet,

die notleidende Kredite im Gesamtwert von 1,4 Bio. Yuan (etwa 169 Mrd. US-Dollar) von den Banken übernahmen.³⁸ Diese konnten jedoch bislang nicht einmal 30% der übernommenen Kreditsumme einbringen.³⁹

Für kleinere Betriebe und Privatunternehmen ist es schwierig, Kredite aufzunehmen. Ihr Anteil am Gesamtvolumen der vergebenen Kredite beläuft sich auf lediglich 20%. Die Staatsbanken betrachten es nach wie vor als wirtschaftlich und politisch weniger risikoreich, Kredite an staatliche Unternehmen zu vergeben.

Gleichzeitig hat China eine der höchsten privaten Sparquoten in der Welt. Aufgrund der Unsicherheit der Arbeitsplätze im staatlichen Sektor, eines erst im Entstehen begriffenen Arbeitslosen- und Rentenversicherungssystems sowie steigender Kosten für Schulbildung usw. wird in China wenig konsumiert und viel gespart. Die privaten Bankeinlagen betragen – trotz sinkender Sparszinsen – Ende 2001 etwa 894 Mrd. US-Dollar,⁴⁰ und den Löwenanteil (70%) dieser Sparguthaben halten die vier großen staatlichen Geschäftsbanken. Noch fehlen wirkliche Alternativen der Geldanlage: China hat bislang keinen freien Kapitalverkehr, und ausländische Banken dürfen nach den WTO-Vereinbarungen erst im Jahr 2007 alle Geschäfte in Yuan (Renminbi) abwickeln.⁴¹ Chinesische Sparer vertrauen offenbar noch darauf, daß ihre Einlagen bei den Staatsbanken sicher sind. Es ist zwar schon vereinzelt zu Runs auf lokale Zweigstellen gekommen. In diesen Fällen beeilte man sich aber, Bargeld vor Ort zu schaffen, um keine Panik zu riskieren.⁴²

Da die Rekapitalisierung der Staatsbanken von 1999, die als »letztes Abendmahl« angekündigt war, weitgehend wirkungslos blieb, wird über eine neue Runde nachgedacht. Ohne weitere Abschreibung notleidender Kredite haben auch Pläne für einen Börsengang der Staatsbanken keine großen Erfolgsaussichten.⁴³

³⁶ Siehe die Berechnungen bei Diana Hochraich, Labour Mobility and Unemployment in China, http://www.networkideas.org/featart/may2002/Labour_Mobility_Unemployment%20_China.pdf (Zugriff: 4.12.2002).

³⁷ Dai Xianglong, bis Dezember 2002 chinesischer Notenbankchef, geht davon aus, daß 30% der Kredite von Staatsbanken notleidend sind, westliche Experten schätzen 40–50%. Siehe Ulrich Schmid, Chinas Staatsbanken in der Bredouille, in: NZZ, 2.5.2002, S. 14. Der IWF geht von »faulen« Krediten in Höhe von 50 bis 75% des BIP aus. Siehe Ben Dolven, The Taxman Cometh, in: FEER, 10.10.2002 (online).

³⁸ Fred Hu, A Race against Time, in: AWStJ, 11.2.2002, S. 6.

³⁹ Gordon G. Chang, China's Banks: No Recipe, in: China Brief, 2 (28.3.2002) 7 (<http://www.jamestown.org>), S. 1–4 (2–3).

⁴⁰ Gordon G. Chang, China's Banks: The Only Two Things You Need to Know, in: China Brief, 2 (14.3.2002) 6 (<http://www.jamestown.org>), S. 1–3 (1).

⁴¹ Siehe David Lague, On the Road to Ruin, in: FEER (online), 14.11.2002.

⁴² Peter S. Goodman, China's Bank Bind, in: Washington Post, 15.11.2002, S. E01, <http://www.washingtonpost.com/ac2/wp-dyn/A56594-2002Nov14> (Zugriff: 6.12.2002).

⁴³ James Kynge, China Mulls New Transfer of Banks' Bad Loans, in: FT, 20.11.2002 (online).

China steuert nicht zwangsläufig auf eine Banken- und Finanzkrise zu. Aber auch durch hohes Wirtschaftswachstum und weitere Abschreibungsrunden wird das Problem nicht zu lösen sein, wenn weiterhin Kredite ohne Risikoabwägung an marode Staatsunternehmen vergeben werden.

Regionale und soziale Ungleichheit

Zu Beginn der chinesischen Wirtschaftsreform Ende der siebziger Jahre war es zunächst die Landwirtschaft, die von den Maßnahmen profitierte. Mittlerweile sind Landwirtschaft und ländliche Gebiete zu »Verlierern« der Reform geworden. Niedrige Einkommen durch sinkende Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse, wachsende Arbeitslosigkeit und der Kampf ländlicher Unternehmen um Verbesserungen in Produktion und Management sind die Hauptprobleme. Hinzu kommt, daß Bauern und ländliche Bevölkerung insgesamt vielerorts willkürlich mit Abgaben und Gebühren belastet werden, mit deren Hilfe lokale Projekte finanziert werden.⁴⁴

Insgesamt sind nach Angaben des chinesischen Arbeitsministeriums etwa 160 Mio. Menschen auf dem Land ohne Beschäftigung.⁴⁵ Dieses Problem hat zu Landflucht und Massenmigration in die Städte geführt. Die Zahl der Personen, die ihre angestammte Heimat verlassen haben, um vor allem in den Städten der Küstenregionen Arbeit zu suchen, wird auf 80 bis 120 Mio. geschätzt. Da das noch immer geltende System der Haushaltsregistrierung, durch das ländliche und städtische Bevölkerung strikt getrennt und unter anderem die Bildung von Slums verhindert werden soll, keine freie Wahl des Wohnortes gestattet, ist es für Migranten schwierig, eine Zuzugsgenehmigung für die Stadt zu bekommen. Ihnen ist damit auch der Zugang zu städtischen Vergünstigungen verwehrt; beispielsweise haben sie kein Anrecht auf Sozialhilfe. Die Migranten stellen ein Arbeitskräfte-reservoir dar, das dazu beiträgt, die Löhne auch in den prosperierenden Küstenprovinzen niedrig zu halten. Das derzeit gültige System hat eine Reihe positiver Effekte: Wanderarbeiter, die Arbeit finden, schicken finanzielle Mittel an die zurückgelassene Familie in der Heimat. Migranten kehren zudem zum Teil, wenn

sie entsprechende Ersparnisse haben, in ihre Heimat zurück und bringen dort ihre neu erworbenen Qualifikationen ein.⁴⁶ Bei einer völligen Abschaffung des Registrierungs-systems würde dieser Mittel- und Know-how-Transfer entfallen. Daher ist zwar eine Reform in der Diskussion, sie wurde aber bei der Sitzung des NVK im Frühjahr 2002 erneut aufgeschoben. Einige Städte experimentieren jedoch bereits mit einer Lockerung des Systems.⁴⁷ Wenn das Problem ländlicher Arbeitslosigkeit durch Urbanisierung gelöst werden soll, ist eine Veränderung der Zuzugsbeschränkungen unumgänglich.

Die ländlichen Einkommen steigen zwar, aber deutlich langsamer als jene in den Städten. Im Jahr 2001 betrug das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen auf dem Land 2366 Yuan, also etwa 285 US-Dollar; gegenüber 2000 bedeutet das ein Plus von 4,2%. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in den Städten aber um 8,5% und lag bei 6860 Yuan.⁴⁸ Rechnet man indirekte Subventionen bei Mieten usw. hinzu, dann betragen die städtischen Einkommen mehr als das Dreifache der ländlichen.

Wachsende Gegensätze zwischen Arm und Reich, Stadt und Land, fortgeschrittenen Küstenregionen und zurückgebliebenen Binnenprovinzen und Hinterland prägen das heutige China.⁴⁹ Trotz der Bemühungen der Zentralregierung um eine Verringerung des regionalen Gefälles öffnet sich die Schere weiter. Im Jahr 1999 legte die Regierung ein Programm zur Erschließung des Westens (*xibu kaifa*) auf, das einen massiven Auf- und Ausbau der Infrastruktur im rückständigen Hinterland vorsieht, um die Voraussetzungen für Investitionen in diesen Gebieten zu verbessern.⁵⁰

Innerhalb von zwanzig Jahren ist China von einer der egalitärsten zu einer der ungleichsten Gesellschaften geworden. Die Ungleichverteilung von Wohlstand wird üblicherweise mit dem Gini-Koeffizienten gemessen, wobei ein Gini-Koeffizient von 0

⁴⁴ Siehe z.B. James *Kynge*, Taxman Heaps Added Burden on Farmers' Backs, in: FT, 31.10.2002, S. 8.

⁴⁵ [Ü27], WTO-Beitritt bedroht 20 Mio. Arbeitsplätze in der Landwirtschaft, in: Ca, (August 2002) S. 860.

⁴⁶ Heilmann, Das politische System der Volksrepublik China [wie Fn. 2], S. 223.

⁴⁷ Siehe z.B. [o.Verf.], China to End Inequities to Rural Migrant Workers, http://english.peopledaily.com.cn/200208/07/eng20020807_101100.shtml (Zugriff: 9.12.2002).

⁴⁸ China Claims 7% Growth, Job Fears Rise [wie Fn. 34], S. 12.

⁴⁹ Einen Überblick über die regionalen und Einkommensunterschiede vermitteln: Margot Schüller/Constanze Kriete, Entwicklung Westchina – Visionen und Realisierungschancen, in: Ca, Oktober 2002, S. 1139–1155.

⁵⁰ Siehe zu diesem Programm ausführlich ebd.; offizielle Homepage des »Go West«-Programms: <http://www.chinawest.gov.cn/english/index.htm> (Zugriff: 5.12.2002).

absolute Gleichverteilung, von 1 absolute Ungleichverteilung bedeutet. China hat mittlerweile nach offiziellen Angaben 0,458 erreicht, eine Marke, die allgemein als kritisch betrachtet wird.⁵¹

Ausländische Direktinvestitionen fließen zu über 90% in einen äußerst schmalen Gürtel entlang der Küsten, vorwiegend in die Provinzen Guangdong, Jiangsu und Fujian sowie nach Shanghai. Zwischen 1990 und 2000 hat sich der Unterschied zwischen dem Pro-Kopf-BIP in Shanghai und dem in Guizhou mehr als versiebenfacht.⁵² Obwohl sich Zentrale und Provinzen nach zähem Ringen im Jahr 1994 auf eine Verteilung der Steuereinnahmen geeinigt haben, die auch einen Finanzausgleich zugunsten der finanzschwachen Regionen vorsah, wird dieses System durch Nachverhandlungen reicher und einflußreicher Provinzen *realiter* unterminiert.⁵³

Die chinesische Führung selbst hat in jüngster Zeit die traditionelle marxistische Klasseneinteilung fallengelassen. Eine Studie der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften vom Dezember 2001 kam zu dem Ergebnis, daß obere und mittlere Schichten etwa 30% der chinesischen Bevölkerung ausmachen, die restlichen 70% sind städtische Industriearbeiter, Arbeitskräfte in der Landwirtschaft und eine Restgruppe Erwerbsfähiger, die keiner festen Beschäftigung nachgehen.⁵⁴

Mit der sozialen Ausdifferenzierung haben auch Unzufriedenheit und soziale Spannungen innerhalb der Gesellschaft zugenommen. Die oben angesprochenen Maßnahmen der staatlichen Unternehmen haben zur Folge, daß die Zahl der Arbeitslosen in den Städten steigt, da nicht für alle freigesetzten Arbeitskräfte eine alternative Beschäftigungsmöglichkeit gefunden werden kann. Zudem ist ein soziales Sicherungssystem in China nur in Ansätzen vorhanden – Arbeitslosen-, Sozial-, Kranken- und Rentenversicherung sind erst im Aufbau begriffen. Während sich vor

allem in den boomenden Küstenstädten eine noch kleine Mittelschicht von Wohlhabenden herausgebildet hat, ist auch die Zahl der »Reformverlierer« deutlich angewachsen.

In den letzten Jahren ließ sich eine dramatische Zunahme von Streiks und Protestaktionen verzeichnen, an denen sich zum Teil Tausende von Menschen beteiligten.⁵⁵ Noch sind derartige Unruhen lokal begrenzt und nicht überregional miteinander vernetzt. Moderne Kommunikationsmittel, insbesondere Mobiltelefone – China hat mittlerweile mit mehr als 200 Mio. die USA überholt –, machen es aber immer schwieriger, die schnelle Ausbreitung von Informationen über derartige Aktionen zu verhindern. Proteste, Verkehrsblockaden und physische Angriffe auf Kader oder Regierungseigentum sind meist dadurch motiviert, daß Renten und Löhne oder die Minimalunterstützung für freigesetzte Arbeiter von Staatsbetrieben nicht ausbezahlt werden, wobei häufig Korruption eine Rolle spielt.⁵⁶

WTO-Beitritt als Heilmittel?

Im Dezember 2001 vollzog China nach jahrelangen Verhandlungen den Beitritt zur Welthandelsorganisation WTO. Damit kommen enorme neue Herausforderungen auf China zu, durch die sich die oben dargestellten Probleme der Staatsbetriebe und der Landwirtschaft in den nächsten Jahren noch erheblich verschärfen werden. Die im Rahmen der WTO-Mitgliedschaft vereinbarten Zollsenkungen werden Importe verbilligen und damit die einheimische Produktion dem Wettbewerb aussetzen. Für viele Produkte waren allerdings die Einfuhrzölle bereits vor dem WTO-Beitritt erheblich gesenkt worden, und in Branchen wie der Informationstechnologie herrschen bereits weitgehend Marktbedingungen.⁵⁷

Die für die WTO notwendigen gesetzlichen Bedingungen sind noch nicht erfüllt – unter anderem in

51 Nach chinesischen Medienangaben; siehe Kai Strittmatter, Die Kader-Kapitalisten, in: SZ, 6.3.2002, S. 4. Damit liegt China zwischen Peru und Kenia. Die USA liegen mit 0,44 ebenfalls über der kritischen Marke von 0,4. Siehe auch [o.Verf.], Chinas innenpolitische Herausforderung, Frankfurt a.M.: Deutsche Bank Research, 31.10.2002, <http://www.dbresearch.de/PROD/999/PROD000000000047077.pdf> (Zugriff: 15.11.2002), S. 8.

52 Cheng Li, The »Shanghai Gang« [wie Fn. 6].

53 Siehe Heilmann, Das politische System der Volksrepublik China [wie Fn. 2], S. 106–109.

54 Siehe Holbig, Die Politik entdeckt die »benachteiligten Gruppen« [wie Fn. 8], S. 268; siehe auch die Übersicht in: Chinas innenpolitische Herausforderung [wie Fn. 51], S. 8.

55 Z.B. gab es im Frühjahr 2002 große Protestaktionen im Nordosten Chinas, der alten Industriebasis des Landes, die mittlerweile auch als »Rostgürtel« bezeichnet wird. Zu den Protesten in Daqing und Liaoyang siehe [o.Verf.], Hope and Despair, in: AWStJ, 22.3.2002, S. 9; Petra Kolonko, Tausende vor dem Rathaus, in: FAZ, 25.3.2002, S. 7.

56 Siehe z.B. Murphy, Nothing More To Lose [wie Fn. 35]. Zu den Arten von Korruption bei der Reform der Staatsunternehmen siehe ausführlich An Chen, Socio-economic Polarization and Political Corruption in China [wie Fn. 25].

57 Siehe Lardy, China Will Keep on Growing [wie Fn. 13], S. A11.

den Bereichen Außenhandel, Zollwesen und Versicherungen stehen trotz internationaler Unterstützung entsprechende Änderungen und Anpassungen noch aus.⁵⁸

Als positiv ist zu vermerken, daß der Reformdruck allgemein gestiegen ist. Die WTO-Mitgliedschaft dient der Zentrale als externer Hebel, um Maßnahmen auch gegen interne bürokratische und regionale Widerstände durchzusetzen. Mit dem Eintritt in die WTO schreibt China seinen Modernisierungskurs fest und sichert sich leichteren Zugang zu Exportmärkten. Der WTO-Beitritt soll etwa 1–1,5% zum jährlichen Wirtschaftswachstum beitragen.⁵⁹

Der Zustrom von ausländischen Direktinvestitionen nach China nahm bereits mit dem Abschluß der bilateralen Verhandlungen, die im Vorfeld des WTO-Beitritts zu führen waren, deutlich zu. Vor allem große ausländische Unternehmen werden versuchen, sich das Reservoir billiger Arbeitskräfte zunutze zu machen, in den nächsten Jahren Marktanteile in China zu sichern und von hier aus Drittmärkte zu beliefern. Im Jahr 2001 flossen 47 Mrd. US-Dollar ausländischer Direktinvestitionen nach China, ein Plus von 15% gegenüber dem Vorjahr.⁶⁰ Dieser Anstieg an Geldzuflüssen geht allerdings zu Lasten der südostasiatischen Nachbarstaaten: Während China im Jahr 1990 etwa 20% der ausländischen Direktinvestitionen in die Entwicklungsländer Asiens absorbierte und auf Südostasien 60% entfielen, hat sich dieses Verhältnis im Jahr 2001 umgekehrt.⁶¹ Nach Meldungen vom Oktober 2002 sehen multinationale Konzerne China mittlerweile sogar als attraktivstes Investitionsland, und im Jahr 2002 wird von ausländischen Unternehmen voraussichtlich erstmals mehr in China investiert als in den USA.⁶² China erhofft sich von diesen Investitionen natürlich neue Arbeitsplätze, den Transfer von

technologischem und Management-Know-how sowie Exporteinnahmen.

Die Zulassung ausländischer Geschäftsbanken in China im Rahmen des WTO-Beitritts könnte, da diese nach kommerziellen Kriterien arbeiten, das Ungleichgewicht in der Kreditvergabe allmählich zugunsten nichtstaatlicher Unternehmen verschieben. Allerdings wurden in den WTO-Vereinbarungen nicht nur eine zeitliche Staffelung für die Geschäftstätigkeiten ausländischer Banken, sondern auch andere hohe Hürden festgelegt, so daß deren Handlungsspielraum auf Jahre beschränkt bleibt.⁶³ Außerdem besteht auch bei privaten Unternehmen in China ein Transparenzproblem.

Den positiven Erwartungen steht als Negativum vor allem der Verlust von Arbeitsplätzen gegenüber:

Über die Auswirkungen des WTO-Beitritts auf die Beschäftigung gibt es eine kontroverse Debatte. Nach einer Studie des chinesischen Ministeriums für Arbeit und Soziales von 2001 werden für die nächsten zehn Jahre zwar positive Impulse auf den Beschäftigungsmarkt erwartet (jährlich im Durchschnitt 2 bis 3 Mio. zusätzliche Arbeitsplätze), für die nächsten drei bis fünf Jahre jedoch angesichts mangelnder Konkurrenzfähigkeit und der Industriestruktur in den traditionellen Industrien Nettoverluste von Arbeitsplätzen vorhergesagt, die die offizielle städtische Arbeitslosigkeit auf 8% verdoppeln könnten. Bestimmte Sektoren wie Automobil- und Chemieindustrie, Transport, Maschinenbau und Metallverarbeitung werden negativ betroffen sein, während sich im Dienstleistungssektor neue Arbeitsmöglichkeiten eröffnen dürften.⁶⁴ Es wird befürchtet, daß im Zuge des WTO-Beitritts auch in der Landwirtschaft weitere 20 Mio. Arbeitsplätze verlorengehen könnten, da einheimische landwirtschaftliche Erzeugnisse wie Getreide mit billigen Importen zum Beispiel aus den USA nicht konkurrieren können.

Man kann außerdem davon ausgehen, daß sich das bereits vorhandene regionale Gefälle in den nächsten fünf bis sechs Jahren noch verschärfen wird, da in den WTO-Abkommen eine geographisch abgestufte Öffnung für ausländische Unternehmen bestimmter

⁵⁸ Eine Bilanz ein Jahr nach dem WTO-Beitritt ziehen Murray Hiebert/Peter Wonacott, Could Try Harder, in: FEER, 5.12.2002, S. 30–33.

⁵⁹ [Ü27], Auswirkungen des WTO-Beitritts auf Beschäftigung, in: Ca, Januar 2002, S. 22; Dorothy Solinger, State Workers Have Most to Lose from WTO, in: South China Morning Post (online) (SCMP), 14.11.2002.

⁶⁰ Siehe Tom Holland, China Dream, in: FEER, 10.10.2002 (online); Strittmatter, Wachstum und Fäulnis [wie Fn. 19], S. 23.

⁶¹ Richard Borsuk, Building a Bridge to Beijing, in: AWSTJ, 4.3.2002, S. 6.

⁶² Paul Hannon, Beijing May Top U.S. in Race for Foreign Direct Investment, in: AWSTJ, 25.–27.10.2002, S. M3; Holland, China Dream [wie Fn. 60]. Ausländische Direktinvestitionen in den USA gingen im Jahr 2001 um 60% zurück.

⁶³ Der amerikanische Ökonom und China-Spezialist Nicholas Lardy schätzt, daß ausländische Banken bis 2007 höchstens einen Marktanteil von 2 bis 3% haben werden. Zitiert in: James Kyng, Expectations Look Set to Outstrip the Reality, in: FT, 15.3.2002, S. V.

⁶⁴ Vgl. Auswirkungen des WTO-Beitritts auf Beschäftigung [wie Fn. 59], S. 22; James Kyng, Liberalisation Pace Reined In to Reduce Risks, in: FT, 15.3.2002, S. 1; Solinger, State Workers Have Most to Lose from WTO [wie Fn. 59].

Branchen vereinbart wurde (zunächst Beschränkung auf Beijing, Shanghai und Guangzhou, drei Jahre danach Öffnung weiterer Städte, nach fünf bis sechs Jahren landesweite Öffnung). Zudem sind natürlich die Großstädte in den Küstenprovinzen, die bereits eine gute Infrastruktur aufweisen, die attraktivsten Investitionsstandorte.

Zusammengefaßt ist demnach durch den WTO-Beitritt für die nächsten Jahre eher mit einer Verschärfung der jetzigen Probleme zu rechnen, während sich spürbare positive Impulse für Wachstum und Arbeitsmarkt voraussichtlich erst auf längere Sicht einstellen werden.

Schwierige Außenbeziehungen

Obwohl sich China nach den Terroranschlägen des 11. September der »internationalen Koalition gegen den Terrorismus« angeschlossen hat, war ein Nebeneffekt der amerikanischen Operationen in Afghanistan eine erhebliche strategische Einschränkung der Volksrepublik. Zusätzlich zur militärischen Präsenz der USA in Japan und Südkorea sowie einigen Staaten Südostasiens sieht sich China nun durch die Einrichtung von Militärstützpunkten in Usbekistan, Kirgistan und Tadschikistan sowie in Pakistan und Afghanistan auch im Westen und Südwesten mit amerikanischen Truppen konfrontiert. Aus der Sicht Beijings muß dies als fast vollständige Einkreisung erscheinen. Hatte China seit dem Ende des Kalten Krieges einen Trend zur »multipolaren« Weltordnung konstatiert und propagiert, so muß es sich nun für längere Zeit auf eine »unipolare« Welt, dominiert von der Supermacht USA, einrichten.

Das Verhältnis zu den USA, das nach dem Amtsantritt der Bush-Administration im Frühjahr 2001 zunächst deutlich schwieriger wurde, spielt in der chinesischen Wahrnehmung eine zentrale Rolle. Die Beziehungen zu Europa, Rußland oder Japan sind zwar ebenfalls wichtig, aber von deutlich geringerem Stellenwert. Vor dem 16. Parteitag zeigte sich China den USA gegenüber entgegenkommend. Der Besuch Jiang Zemin in den USA, der auch ein Treffen mit Präsident Bush auf dessen Ranch in Texas einschloß, sollte der Höhepunkt in Jiansg außenpolitischer Karriere sein und demonstrieren, daß China als anerkannter Partner auf der Weltbühne mitspielt. Im Vorfeld des Besuches wurden von chinesischer Seite einige Zugeständnisse in der Frage der Proliferation von Raketentechnologie und Massenvernichtungs-

waffen gemacht. Wundester Punkt im Verhältnis zwischen China und den USA ist und bleibt Taiwan. Die Inselrepublik erfreut sich seit dem Amtsantritt der Bush-Administration wieder intensiver Beziehungen zu den USA, einschließlich einer engen militärischen Partnerschaft. Nicht zuletzt diese Entwicklung hat Taiwans demokratisch gewählten Präsidenten Chen Shuibian (Demokratische Fortschrittspartei) dazu ermutigt, die Identität der eigenständigen Inselrepublik weiter zu konsolidieren.

Die Liste der Probleme und Herausforderungen, die China zu bewältigen hat, kann noch um weitere Punkte ergänzt werden. Zu nennen wären die fortschreitende Umweltzerstörung, die Ausbreitung von AIDS, eine mangelhafte Gesundheitsversorgung auf dem Lande und schließlich – durch die erfolgreiche Bevölkerungspolitik – eine ungünstige demographische Entwicklungsperspektive.

Entscheidungen auf dem 16. Parteitag

Üblicherweise finden sowohl Parteitag als auch Nationaler Volkskongreß (NVK) alle fünf Jahre statt, wobei der Parteitag dem NVK um etwa ein halbes Jahr vorausgeht. Für den Parteitag sieht der Ablauf vor, daß circa 2000 Delegierte, die durch die Parteikongresse der Provinzen, regierungsunmittelbaren Städte und Autonomen Regionen sowie einige weitere Wahl-einheiten nominiert werden, in Beijing zusammenkommen und das neue Zentralkomitee (ZK) der KP bestimmen. Letzteres besteht aus etwa 200 Mitgliedern. Die Zahl der für das ZK nominierten Personen liegt ungefähr 5% über der Zahl der späteren Mitglieder, so daß eine – wenn auch sehr eingeschränkte – Wahlmöglichkeit besteht. Provinzgouverneure, Parteisekretäre auf Provinzebene, Minister, Leiter der Parteiabteilungen, Generäle der Volksbefreiungsarmee (VBA) und Manager der großen Staatsbetriebe werden aber *de facto* kraft ihrer Ämter in das ZK gewählt und machen dessen große Mehrheit aus.⁶⁵

Das neu gewählte ZK tritt dann zu seiner ersten Plenartagung zusammen und entscheidet über die Zusammensetzung der obersten Parteigremien: das Politbüro und den Ständigen Ausschuß des Politbüros (der eigentlichen obersten Parteiführung), das Generalsekretariat sowie die Zentrale Militärkommission der Partei (ZMK).

Der 16. Parteitag wurde mit besonderer Spannung erwartet, weil eine weitgehende Machtübergabe an eine neue Führungsgeneration vorgesehen war. Schon in den Monaten vor dem Parteitag fanden Personalwechsel an der Spitze der Provinzen Chinas statt. Die Posten der Parteisekretäre und Gouverneure wurden dabei überwiegend an Mitglieder der »vierten« und »fünft« Generation vergeben: Im August 2002 waren bereits 3 der 31 Provinzgouverneure und Parteisekretäre unter 50 und nur noch 21 über 60.⁶⁶

⁶⁵ Siehe Susan Shirk, *The Succession Game*, in: *Lin/Shirk, The 16th CCP Congress* [wie Fn. 5], S. 5–9 (6).

⁶⁶ Lu Pi, *Younger Officials Promoted to Provincial-Level Posts*, in: *Beijing Review*, 22.8.2002, S. 12–15.

Institutionalisierter Führungswechsel?

Der Frage, ob sich der Führungswechsel auf dem Parteitag in geregelten Bahnen und reibungslos vollzieht, ist deshalb große Bedeutung zuzumessen, weil sie als Indikator dafür dient, wieweit sich in China mittlerweile eine »Institutionalisierung« solcher Entscheidungsprozesse vollzogen hat. Die Grundlagen für eine stärkere Institutionalisierung der Arbeit von Partei und Regierung hatte Deng Xiaoping gelegt, der nach den chaotischen Jahren der Kulturrevolution und der »Viererbände« zu Beginn der achtziger Jahre dafür sorgte, daß Partei- und Regierungsgremien überhaupt wieder regelmäßig tagten und sich an festgelegte Abläufe hielten. Im Interesse des angestrebten meritokratischen Systems initiierte er eine gezielte Suche nach jüngerem und besser qualifiziertem Parteinauwuchs und betrieb dessen systematische Förderung.⁶⁷ Gleichzeitig spielte informelle Macht zu Dengs Lebzeiten eine wesentliche Rolle, und der Patriarch übte auch ohne offizielle Ämter noch erheblichen Einfluß auf wichtige politische Entscheidungen aus.

Unter Deng Xiaoping und Jiang Zemin wurden Amtsperioden für hohe Staatsämter in der Verfassung festgeschrieben. Für leitende Parteiposten galten dagegen nur informelle Altersgrenzen. Jiang Zemin hatte auf dem 15. Parteitag 1997 angeregt, daß Personen in zentralen Führungspositionen der Partei keine weitere Amtszeit akzeptieren sollten, wenn sie das 70. Lebensjahr vollendet hatten.⁶⁸ Allerdings erwirkte er bei gleicher Gelegenheit für sich selbst eine Ausnahme von dieser Regel. Jiang – seit 1989 Generalsekretär der KP – blieb auch nach dem 15. Parteitag im Jahr 1997 Generalsekretär der Partei, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros und Vorsitzender der Zentralen Militärkommission, obwohl er die 70 bereits überschritten hatte.⁶⁹

⁶⁷ Siehe H. Lyman Miller, *The 16th Party Congress and China's Political Processes*, in: *Lin/Shirk, The 16th CCP Congress* [wie Fn. 5], S. 10–14.

⁶⁸ Dies zielte offenbar hauptsächlich darauf ab, seinen Widersacher Qiao Shi loszuwerden; Susan Shirk, *The Succession Game*, in: *Lin/Shirk, The 16th CCP Congress* [wie Fn. 5], S. 5.

⁶⁹ Siehe Susan Shirk, *Introduction*, in: *Lin/Shirk, The 16th CCP*

Personelle und politische Entscheidungen in der Partei wiesen demnach bislang keinen hohen Institutionalierungsgrad auf; formelle und informelle Verfahrensweisen existierten nebeneinander.

Im Vorfeld des 16. Parteitages verdichteten sich etwa ab Sommer 2002 Anzeichen und Gerüchte, daß die Machtübergabe an die nächste Führungsgeneration nicht reibungslos vonstattengehen würde. Es war nicht mehr klar, ob der 76jährige Jiang Zemin tatsächlich seine Ämter in der Partei aufgeben würde.⁷⁰ Als weitgehend sicher galt dagegen, daß Jiang beim NVK im Frühjahr 2003 als Staatspräsident zurücktreten würde, da er diese Position bereits seit 1993 bekleidet und damit die beiden Amtsperioden, die laut chinesischer Verfassung maximal möglich sind, ausgeschöpft hat.⁷¹

Drei Szenarien für den Führungswechsel standen bei ausländischen Experten vor Beginn des Parteitages zur Diskussion:

- ▶ Jiang tritt gar nicht oder nicht von allen Posten zurück und bleibt zum Beispiel Vorsitzender der ZMK.
- ▶ Jiang Zemin tritt von all seinen Posten zurück, und die »dritte Generation« übergibt die politische Macht tatsächlich vollständig an die »vierte«.
- ▶ Jiang tritt von seinen Parteiposten zurück, schafft sich aber eine andere Machtbasis bzw. übt auch ohne formelle Machtbasis weiterhin Einfluß aus.⁷²

In ihrer Neigung, Vorgänge in der chinesischen Führungsspitze ausschließlich nach den alten, stark personalisierten Mustern zu interpretieren, unterschätzen einige westliche Beobachter die mittlerweile erfolgten Wandlungsprozesse in einer Partei, in der

sich gewisse Normen etabliert haben, wenn diese auch nicht alle streng formalisiert oder institutionalisiert sind. Diese Regeln schränken die Manövrieremarge einzelner Personen ein, auch wenn Machtrivalitäten, Gruppierungen und Seilschaften weiterhin eine Rolle spielen.⁷³ Ein größerer Konsensdruck ergibt sich auch daraus, daß die Generation Jiang Zemins nicht mehr über die persönliche Machtbasis eines Deng Xiaoping verfügte, da sie ihre Karriere innerhalb der Bürokratie gemacht hat.⁷⁴

Dennoch zeigt das Hin und Her im Vorfeld des 16. Parteitages, daß es den politischen Entscheidungsprozessen in China noch immer an Transparenz und Berechenbarkeit mangelt. Die Informalität der Regelungen impliziert Unsicherheiten; eine Garantie dafür, daß geschriebene und ungeschriebene Normen befolgt werden, gibt es letztlich nicht. In welchem Verhältnis bei der Entscheidungsfindung persönliches Machtgerangel und Absprachen hinter den Kulissen einerseits und institutionelle Einschränkungen andererseits stehen, ist von außen letztlich nicht zu ermessen.

Personelle Ergebnisse des 16. Parteitages

Bei der Wahl des neuen Zentralkomitees auf dem Parteitag standen weder Jiang Zemin noch Li Peng oder Zhu Rongji auf der Liste der Kandidaten. Jiang selbst sprach von einer »reibungslosen« (*shunli*) Machtübergabe an die nächste Generation.⁷⁵ Tatsächlich aber entspricht die neue personelle Konstellation an der Parteispitze eher dem ersten der oben genannten Szenarien: Jiang Zemin trat nicht von allen seinen Parteiämtern zurück und will sich die Einflußnahme auf wichtige Entscheidungen offenhalten.

Jiang ist zwar nicht mehr Generalsekretär der KPCh, bleibt aber Vorsitzender der Zentralen Militärkommission (ZMK) der Partei und damit Oberbefehlshaber der chinesischen Streitkräfte. Alle übrigen Mit-

Congress [wie Fn. 5], S. 1–4 (2).

⁷⁰ Siehe dazu Kay Möller, *Machtkampf in Peking*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, August 2002 (SWP-Aktuell, Nr. 25/02).

⁷¹ Jiang müßte also die Verfassung ändern, wollte er Staatspräsident bleiben. Das Höchstalter 70 für Parteiämter gilt dagegen seit 1997 als Norm, ist aber noch nicht im Statut der Partei verankert. Siehe Susan Shirk, *The Succession Game*, in: *Lin/Shirk, The 16th CCP Congress* [wie Fn. 5], S. 5.

⁷² Zur Diskussion der verschiedenen Möglichkeiten siehe Gang Lin, *Jiang's Last Card: Empowering the National Party Congress?*, in: *Lin/Shirk, The 16th CCP Congress* [wie Fn. 5], S. 15–19 (15); Andrew J. Nathan/Bruce Gilley, *China's New Rulers: What They Want*, in: *The New York Review of Books*, 10.10.2002, <http://www.nybooks.com/articles/15737> (Zugang: 22.9.2002); Andrew Scobell, *Jiang Zemin and China's Leadership Succession: Process, Precedent, the PLA, and Personality*, Testimony to be Presented to the U.S.-China Security Commission, 23.9.2002, <http://www.uscc.gov/scobel.pdf> (Zugriff: 20.10.2002).

⁷³ Siehe Cheng Li, *China's Leadership Succession and Its Implications*, Written Testimony Prepared for the U.S.-China Security Review Commission, 23.9.2002, <http://www.uscc.gov/cheng.pdf> (Zugang 20.10.2002).

⁷⁴ Siehe Joseph Fewsmith, *Generational Transition in China*, in: *The Washington Quarterly*, 25 (Herbst 2002) 4, S. 23–35 (25–26).

⁷⁵ Jiang Zemin: *Dang de Zhongyang lingdao jiti shunli shixian xin-lao jiaoti* [Jiang Zemin: Das zentrale Führungskollektiv der Partei hat den Generationswechsel reibungslos vollzogen], <http://www.peopledaily.com.cn/GB/shizheng/252/8956/9417/20021114/866574.html> (Zugriff: 15.11.2002)

glieder der ZMK, die das 70. Lebensjahr überschritten haben, schieden aus dem Gremium aus (siehe die Zusammensetzung der alten und neuen ZMK im Anhang dieser Arbeit, S. 36). Wann Jiang auch von dem ZMK-Vorsitz zurücktritt, ist unklar. Es ist möglich, daß er ihn schon im Frühjahr beim Nationalen Volkskongreß aufgibt. Wahrscheinlicher aber ist, daß das jetzige Arrangement über einen Zeitraum von mehreren Jahren beibehalten wird.⁷⁶ Hu Jintao, der neue Generalsekretär der Partei, der bereits seit 1999 stellvertretender Vorsitzender der ZMK ist, bleibt dort weiterhin die Nummer Zwei. Als Oberbefehlshaber der Streitkräfte bewahrt sich Jiang Zemin ein Mitspracherecht insbesondere in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik sowie im Krisenfall.

Wie weit Jangs Einflußmöglichkeiten reichen und wie lange er sie nutzen kann, ist noch nicht absehbar. Dies hängt nicht zuletzt davon ab, ob er in Einzelfällen an Sitzungen des Politbüros teilnehmen wird (aber dann könnten andere ausgeschiedene Mitglieder wie Li Peng und Zhu Rongji analoge Ansprüche erheben), ob ihm die wesentlichen Dokumente zugeleitet werden und inwieweit sich seine Protegés im Politbüro tatsächlich als seine Sachwalter verstehen.

Das neue Politbüro

Das wichtigste Gremium der Partei, der Ständige Ausschuß des Politbüros, wird wie das erweiterte Politbüro vom Zentralkomitee (ZK) der Partei gewählt. Von den bisherigen Mitgliedern ist nur ein einziges weiterhin vertreten, nämlich Hu Jintao, der designierte Nachfolger Jiang Zemin's nicht nur in dessen Parteiämtern, sondern auch als Staatspräsident. Alle übrigen Mitglieder des Ständigen Ausschusses schieden aus Altersgründen aus. Das ZK wählte Hu Jintao erwartungsgemäß zum neuen Generalsekretär der KPCh.

Der neue Ständige Ausschuß des Politbüros hat neun statt bisher sieben Mitglieder. Er setzt sich aus folgenden Personen zusammen, deren Reihenfolge gleichzeitig die Rangfolge in diesem Gremium widerspiegelt: Hu Jintao, Wu Bangguo, Wen Jiabao, Jia Qinglin, Zeng Qinghong, Huang Ju, Wu Guanzheng, Li Changchun und Luo Gan (Kurzbiographien im

Anhang, S. 32ff). Mit Ausnahme der einzigen Frau, Wu Yi, sind damit alle Mitglieder des alten erweiterten Politbüros, die unter 68 Jahre alt sind, in den Ständigen Ausschuß aufgerückt, der sich dadurch um zwei Personen erweiterte. Offenbar ist es Jiang Zemin gelungen, mindestens vier seiner eigenen Parteigänger (»Shanghai-Clique«⁷⁷) in diesem Gremium zu plazieren. Möglicherweise war dies der Preis, der für seinen Rücktritt als Parteichef zu zahlen war, um den es vor dem Parteitag so viele Gerüchte gegeben hatte.

Die »vierte Generation«, die sich als technokratische Elite kennzeichnen läßt, umfaßt die Gruppe der Ende 40- bis Anfang 60jährigen. Prägend war für sie die Erfahrung der Kulturrevolution in den sechziger Jahren, wobei ein Teil der »vierten Generation« bei Ausbruch der Kulturrevolution die Hochschulausbildung bereits abgeschlossen hatte und dann aufs Land verschickt wurde, ein anderer erst nach dem Ende der Kulturrevolution mit dem Studium beginnen oder es abschließen konnte. Ihre Ausbildung absolvierte die »vierte Generation« fast ausschließlich in China: Die Möglichkeit, im Westen, insbesondere in den USA zu studieren, eröffnete sich erst den nachfolgenden Generationen. Die UdSSR, die noch die Generation Jiang Zemin's als Studienort geprägt hatte, fiel aufgrund des ideologisch-politischen Bruchs zwischen China und Sowjetunion Ende der fünfziger Jahre ebenfalls aus.⁷⁸ In der Kulturrevolution machten die einzelnen Personen zwar unterschiedliche Erfahrungen, ihr Verständnis von »Ideologie« aber wurde durch diese extremen Verhältnisse geprägt. Man kann erwarten, daß sie ohne große Rücksicht auf ideologische Barrieren nach Problemlösungen suchen.

Im Ständigen Ausschuß und im erweiterten Politbüro ist eine deutliche Verjüngung eingetreten (die Mehrzahl der Mitglieder ist Anfang 60). Diese Generation ist nicht mehr durch Bürgerkrieg und Revolution geprägt. Alle Mitglieder des Ständigen Ausschusses sowie die überwiegende Zahl der Mitglieder des Politbüros und des ZK haben einen Hochschulabschluß. Mit Li Ruihuan (68), dem als politisch reformorientiert geltenden Vorsitzenden der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes (PKKCV), einer Art zweiter Kammer des Parlaments, ist der letzte »Nicht-Technokrat« – Li hatte eine Ausbildung als Zimmer-

⁷⁶ Nach einigen Meldungen könnte Jiang zwar im Frühjahr aus der ZMK ausscheiden, dafür aber Vorsitzender eines neuen Gremiums werden, des Nationalen Sicherheitsrates, der nach dem Vorbild des amerikanischen National Security Council Vertreter verschiedener Ministerien umfassen soll.

⁷⁷ Siehe zur Shanghai-Clique ausführlich: Cheng Li, *The »Shanghai Gang«* [wie Fn. 6].

⁷⁸ Siehe *Fewsmith*, *Generational Transition in China* [wie Fn. 74], S. 23.

mann – aus dem innersten Zirkel der Partei ausgeschieden.

Im erweiterten Politbüro sind die »armen« Provinzen mit immerhin drei Mitgliedern vertreten: den Parteisekretären von Xinjiang, Hubei und Sichuan. Dem stehen aber fünf Repräsentanten aus reichen Regionen (Shanghai, Jiangsu, Beijing, Zhejiang und Tianjin) gegenüber. Die Armee ist mit zwei Generälen im Politbüro präsent, die gleichzeitig Mitglieder der Zentralen Militärkommission sind. (Siehe dazu die Aufstellungen im Anhang, S. 32ff.)

Hu Jintao, der neue Generalsekretär

Die Diskussion über Chinas künftige politische Führung hatte sich schon lange auf Hu Jintao konzentriert, der als aussichtsreichster Kandidat für die Nachfolge Jiang Zemins und damit die Ämter des Parteisekretärs und des Staatspräsidenten galt. Hu wurde zwar nie offiziell zum Nachfolger erklärt oder als solcher in den chinesischen Medien bezeichnet, doch seine politische Karriere war seit Anfang der neunziger Jahre noch durch Deng Xiaoping selbst in diese Richtung angelegt worden. Hu steht zwar als Generalsekretär der Partei an erster Stelle im Ständigen Ausschuss, wird aber nicht mehr – wie noch sein Vorgänger Jiang Zemin – als »Kern« der Führung bezeichnet.

Hu Jintao hat seinen politischen Hintergrund in der Kommunistischen Jugendliga und in der renommierten Pekinger Qinghua-Universität, an der er sein Studium absolvierte. Er gehört also nicht zur »Shanghai-Clique« Jiang Zemins. Er war mehrfach auf Posten in armen Provinzen Chinas (Gansu, Guizhou) und rief 1989 als Parteisekretär von Tibet dort das Kriegsrecht aus, als gewalttätige Demonstrationen ausbrachen.⁷⁹ Seit er 1992 von Deng Xiaoping mit 49 Jahren als jüngstes Mitglied für das Politbüro ausgewählt wurde, galt er als möglicher Nachfolger Jiang Zemins. Und es gelang ihm, sich in dieser Position zu halten.

Als Leiter der Zentralen Parteischule in Beijing etablierte er dort ein Institut für Außenpolitik und ein Zentrum für vergleichende Politik.⁸⁰ Ab Mitte der neunziger Jahre machte er einige Auslandsreisen

(u.a. nach Zentralasien und Südamerika). Durch seine Ernennung zum Stellvertretenden Staatspräsidenten im Jahr 1998 konnte Hu Jintao vermehrt auf internationalem Parkett auftreten und besuchte eine Reihe südostasiatischer Staaten (Juli 2000) sowie Iran, Syrien, Jordanien und Zypern (Januar 2001), schließlich im November 2001 Rußland und einige europäische Staaten (Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Spanien).⁸¹ Bei George W. Bushs China-Besuch im Februar 2002 war es Hu Jintao, der den amerikanischen Präsidenten zu seinem Auftritt vor Studenten der Qinghua-Universität in Beijing begleitete.⁸² Im Mai 2002 reiste Hu erstmals in die USA, wo er Gespräche mit dem Präsidenten und dem Vize-Präsidenten, dem Außen- und dem Verteidigungsminister führte.⁸³

Hu ist sowohl für liberalere als auch für konservativere Parteikreise akzeptabel, konnte jedoch auf ökonomischem und außenpolitischem Gebiet seine Kompetenz noch nicht unter Beweis stellen.⁸⁴

Agenda 2020: Der Bericht Jiang Zemins

Strenger Geheimhaltung unterlagen vor dem Parteitag nicht nur die personellen Verhandlungen in der Parteispitze, sondern auch der Bericht, den Jiang Zemin dann auf dem Kongreß präsentierte.⁸⁵ Mit einer 90minütigen Eröffnungsrede setzte er die Schwerpunkte für die Arbeit der KPCh in den nächsten beiden Jahrzehnten. Hauptziele der Partei sind danach die Modernisierung Chinas, die Wiedervereinigung des Mutterlandes sowie die Bewahrung des Weltfriedens und gemeinsame Entwicklung.

⁸¹ Ebd., S. 10. Siehe zur Europareise Hus ausführlich Liu Jen-Kai, Der Kandidat stellt sich vor – Zum Europabesuch Hu Jintaos, in: Ca, November 2001, S. 1205–1210.

⁸² Siehe zu Bushs Auftritt an der Qinghua-Universität http://www.chinadaily.com.cn/highlights/bush2002_en/tsinghua.html (Zugriff: 9.12.2002).

⁸³ [Ü1], Der Kronprinz reist nach Amerika, in: Ca, Mai 2002, S. 493–494.

⁸⁴ Cheng Li, China's Leadership Succession and Its Implications: Trends and Paradoxes. Written Testimony Prepared for the U.S.-China Security Commission's Public Hearing, 23.9.2002, <http://www.uscc.gov/cheng.pdf> (Zugang 20.10.2002).

⁸⁵ Siehe: Full Text of Jiang Zemin's Report at 16th Party Congress, <http://www.china.org.cn/english/features/49007.htm> (Zugriff: 10.12.2002).

⁷⁹ Siehe John Tkacik, A Biographical Look at Vice President Hu Jintao, in: John Tkacik/Joseph Fewsmith/Maryanne Kivlehan, Who's Hu? Assessing China's Heir Apparent, Hu Jintao, in: Heritage Lectures, (27.2.2002) 739, S. 1–11 (5–6).

⁸⁰ Ebd., S. 9.

»Drei Repräsentationen«: Öffnung der KPCh

Die ideologische Hinterlassenschaft des scheidenden Generalsekretärs der KPCh, deren Festschreibung im Statut der Partei schon vor dem Parteitag feststand, sind die »Drei Repräsentationen« (*sange daibiao*). Danach vertritt die KPCh die fortschrittlichsten Produktivkräfte des Landes, die fortschrittlichste Kultur und die Interessen der breitesten Bevölkerungsschichten. Diese wenig anschauliche Formulierung steht nun als »wichtiger Gedanke« (*zhongyao sixiang*) in einer Reihe mit dem Marxismus-Leninismus, den Ideen Mao Zedongs und der Theorie Deng Xiaopings – allerdings ohne daß Jiang in dieser Aufzählung namentlich erwähnt wird. Im Kern bedeuten die »drei Repräsentationen« die Öffnung der KPCh für die im Zuge der Reform neu entstandenen Schichten und Gruppierungen wie Unternehmer, Angestellte in privaten wissenschaftlichen und technischen Unternehmen, Manager und Techniker in ausländischen Unternehmen, Selbständige und freiberuflich Tätige. Obwohl *de facto* schon eine Reihe Privatunternehmer Mitglied in der Partei sind, da sie dies bereits vor Beginn ihrer privatwirtschaftlichen Tätigkeit waren,⁸⁶ war der Vorschlag Jiang Zemins, die Öffnung der Partei festzuschreiben, in der Parteiführung umstritten. Die Diskussion über die Aufnahme von Unternehmern in die Partei war daher im Jahr 2002 in den Hintergrund getreten,⁸⁷ die Position setzte sich aber letztlich durch.

In seiner Rede hob Jiang hervor, daß man Menschen nicht nach der Höhe ihres Einkommens beurteilen solle, sondern nach ihrem politischen Bewußtsein und ihrer Leistung.

Nach dem neuen Parteistatut⁸⁸ steht die KPCh künftig nicht nur Arbeitern, Bauern, Armeeinghörigen

⁸⁶ Siehe dazu Thomas Heberer, Die Privatwirtschaft als Wachstumsmotor, in: FAZ, 25.3.2002, S. 7. Danach gab es Ende 2000 1,76 Mio. Privatunternehmer von Betrieben mit mehr als je 7 Arbeitskräften; diese machen 5% der Bevölkerung aus, und fast 20% von ihnen sind Parteimitglieder.

⁸⁷ Z.B. [Ü 12], Beginn des XVI. Parteitages auf 8. November festgelegt, in: Ca, August 2002, S. 848–849. Zur Diskussion über die möglichen Folgen dieser Öffnung der Partei siehe ausführlich Heike Holbig, Die KPCh öffnet sich für Privatunternehmer, in: Ca, Juli 2001, S. 739–746. Siehe auch Joseph Fewsmith, Rethinking the Role of the CCP: Explicating Jiang Zemin's Party Anniversary Speech, in: China Leadership Monitor, 1 (Winter 2002), Part 2, <http://www.chinaleadershipmonitor.org/20011b/20011JF.html> (Zugang: 20.10.2002).

⁸⁸ Siehe: Full Text of Resolution on Amendment to CPC

und Intellektuellen offen, sondern »allen fortschrittlichen Elementen«, die ihre Prinzipien und ihr Programm unterstützen.

»Bescheidener Wohlstand« als Ziel

Für die Wirtschaft verkündete Jiang als Zielvorgabe eine Vervierfachung des BIP von 2000 bis zum Jahr 2020, was einem jährlichen Wachstum von etwa 7,8% entspräche. Damit soll der Aufbau einer Gesellschaft des umfassenden »bescheidenen Wohlstandes« (*xiaokang*) erreicht werden, eine Formulierung, die ebenfalls Eingang in das Statut der Partei fand. Den staatlichen Unternehmen wies Jiang – trotz ihres immer geringeren Anteils an der Industrieproduktion – eine auch weiterhin zentrale Rolle zu, kündigte aber gleichzeitig an, daß die Stellung der Privatunternehmen verbessert werden sollte. Er hob hervor, daß jedes legale Einkommen aus Arbeit oder anderen Quellen zu schützen sei. Möglicherweise deutet dies darauf hin, daß Privateigentum künftig gesetzlichen Schutz genießen wird – beim NVK im März 2003 könnten entsprechende Passagen in der Verfassung verankert werden.

Im noch bestehenden staatlichen Sektor der Wirtschaft wird der Staat seine Interessen durch eigene Managementfirmen vertreten lassen. Mit Ausnahme einer »winzigen« Anzahl von Unternehmen, die ganz in staatlicher Hand bleiben, sollen alle übrigen in Aktiengesellschaften umgewandelt werden. Dabei bleibt der Staat nur bei solchen Unternehmen Mehrheitsaktionär, die für China von vitaler Bedeutung sind. Dem nichtöffentlichen Unternehmenssektor (Unternehmen in gemischtem Eigentum und Privatunternehmen) stellte Jiang verbesserten Marktzugang durch Maßnahmen bei Finanzierung, Besteuerung, Vergabe staatlicher Aufträge, Landnutzung und im Außenhandel in Aussicht. Außerdem kündigte er die Deregulierung der Zinsen an.

In der Landwirtschaft, die unter mangelnder Wettbewerbsfähigkeit leidet, soll es nach Jiang künftig rechtmäßig sein, gepachtetes Land an Dritte zu übertragen, um die Realisierung von Größenvorteilen zu ermöglichen. Ein Privateigentum an Boden bedeutet dies allerdings nicht. Das 1999 aufgelegte Programm zur »Erschließung des Westens« (zur Bekämpfung des regionalen Gefälles zwischen Küstenregionen und

Constitution, <http://www.16congress.org.cn/english/features/48804.htm> (Zugriff: 19.10.2002).

Hinterland) dient laut Jiang nicht nur der Entwicklung im ganzen Land, sondern auch ethnischer Einigkeit und Stabilität der Grenzregionen. Zu den wachsenden Disparitäten im Land führte Jiang aus, daß »exzessive« Einkommensunterschiede vermieden werden sollten, aber auch Egalitarismus zu bekämpfen sei.

Sowohl die Wachstumsvorgabe für die Jahre bis 2020 als auch die Maßnahmen im Privatsektor zielen darauf ab, das Heer freigesetzter Arbeitskräfte aus staatlichen Unternehmen, überschüssiger Arbeitskräfte auf dem Lande, die zum Teil als Wanderarbeiter ihr Heil in den Städten suchen, sowie neu auf den Markt kommender Arbeitskräfte wenigstens teilweise aufzufangen, um eine weitere soziale Destabilisierung zu vermeiden. Unterstützend sollen das Sozialversicherungssystem ausgebaut und auch das im Gefolge der Asienkrise 1998 initiierte staatliche Konjunkturprogramm weitergeführt werden.

Insgesamt sind Jangs Ausführungen als der Versuch zu sehen, einen Mittelweg zwischen den Interessen der von der Partei umworbenen »neuen Schichten« und der wachsenden Zahl Unzufriedener und Reformverlierer – hauptsächlich entlassener Industriearbeiter und Bauern – zu steuern: Der neuen Mittelschicht wird zugesagt, daß sie ihrem Beitrag zu Chinas weiterer Modernisierung entsprechend auch offiziell Anerkennung findet. Den Unterprivilegierten wird versprochen, daß nicht nur für sie gesorgt wird, sondern daß auch sie durch Umverteilung am Wohlstand teilhaben werden. Da zur Schaffung neuer Arbeitsplätze vor allem auf das Wachstum des Privatsektors gesetzt wird, liegt in seiner Förderung auch Hoffnung für die überschüssigen Arbeitskräfte. Damit wird eine Verklammerung der Interessen beider Gruppen hergestellt und beiden wird signalisiert, daß ihre Anliegen und Probleme bei der Partei (und nur dort) in guten Händen sind.

Partei und politische Reformen

Als wichtige Ziele bezeichnete Jiang Zemin die Entwicklung der »sozialistischen Demokratie« und den Aufbau einer »sozialistischen politischen Zivilisation«. Beides wird offenbar durch Aufrechterhaltung der Führung durch die KPCh gewährleistet, kombiniert mit der Herrschaft durch das Gesetz (*rule by law*). Unter anderem kündigte Jiang die Verbesserung des Rechtssystems und der Rechtsprechung sowie des Systems

der Volkskongresse, eine »Ausweitung« der Demokratie und der Selbstverwaltung auf unterer Ebene an. (Auf Dorfebene finden mittlerweile direkte Wahlen statt.⁸⁹) Die Führung der Partei über Gewerkschaften, Frauenorganisationen usw. unterstrich Jiang nochmals nachdrücklich.

Die Bekämpfung von Korruption erklärte er zur politischen Hauptaufgabe, da Korruption zur Selbstzerstörung der Partei führen könne. Auch dieser Kampf und damit die Aufsicht über die Partei liegen weiterhin in den Händen der KP selbst. Das Problem größerer Transparenz und Verantwortlichkeit gegenüber der Öffentlichkeit durch eine freiere Berichterstattung der Medien sprach Jiang Zemin nicht an, ebensowenig die Frage der Gewaltenteilung.

Streitkräfte, Taiwan und die internationale Lage

Landesverteidigung und Streitkräfte sollen unter Überspringung einiger Technologiestufen weiter modernisiert werden, aber in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Die Devise »weniger, aber bessere Truppen« gilt nach wie vor. Während vor dem Parteitag auch die Idee diskutiert wurde, die Armee der zivilen Führung durch die Regierung zu unterstellen, machte Jiang deutlich, daß es auch künftig die Partei sein wird, die »das Gewehr kommandiert«.

Der Taiwan-Frage widmete Jiang Zemin einen eigenen Abschnitt (»Ein Land, zwei Systeme« und die Erreichung der vollständigen Wiedervereinigung des Mutterlandes«). Er bezeichnete das Festhalten am »Ein-China-Prinzip« als Basis für die Entwicklung der Beziehungen zu Taiwan und die Verwirklichung der friedlichen Wiedervereinigung.

Zur Weigerung Chinas, auf die Androhung von Gewalt zu verzichten, erläuterte Jiang, diese richte sich nicht gegen die taiwanesischen Landsleute, sondern nur gegen die Unabhängigkeitspläne taiwanesischer »separatistischer Kräfte« sowie gegen die »Versuche ausländischer Kräfte, sich in Chinas Wiedervereinigung einzumischen« – ein deutlicher Hinweis auf die USA, wo unter der Präsidentschaft Bushs der

⁸⁹ Siehe zu den Dorfwahlen ausführlich John James Kennedy, The Face of »Grassroots Democracy« in Rural China, in: Asian Survey, 42 (Mai/Juni 2002) 3, S. 456–482; Gunter Schubert, Der chinesische Weg. Dörfliche Direktdemokratie unter Bedingungen der Einparteienherrschaft, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, (2002) 7, S. 855–862.

Taiwan Relations Act⁹⁰ wesentlich stärker betont wird als das »Ein-China-Prinzip«. Die Taiwan-Frage, so Jiang, könne nicht endlos aufgeschoben werden.

Für die internationale Lage gilt laut Jiang nach wie vor das Grundthema »Frieden und Entwicklung« (Deng Xiaoping). Aus den Trends der Multipolarisierung und ökonomischen Globalisierung resultieren nach Jiang zwar neue Möglichkeiten, bedroht werden Frieden und Entwicklung jedoch durch den Weiterbestand einer ungerechten politischen und wirtschaftlichen internationalen Ordnung, durch Terrorismus, Hegemonismus und Machtpolitik, ethnisch und religiös motivierte lokale Konflikte und territoriale Dispute sowie die wachsende Nord-Süd-Kluft.

Mit seinem Bericht auf dem Parteitag hat Jiang Zemin programmatisch die Richtung gewiesen, in die sich China entwickeln soll. Dabei kommt deutlich zum Ausdruck, daß sich die Führung der zentralen Probleme des Landes bewußt ist.

90 Der Taiwan Relations Act wurde im März 1979 vom amerikanischen Kongreß verabschiedet. Er gestattet den USA, trotz Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Volksrepublik China Rüstungsgüter an Taiwan zu liefern, um die Fähigkeit zur Selbstverteidigung der Inselrepublik aufrechtzuerhalten. Volltext unter <http://www.usconsulate.org.hk/ustw/geninfo/tra1979.htm> (Zugriff: 19.12.2002).

Perspektiven

Die politische Manövriermarge der jetzt an die Macht gekommenen vierten Führungsgeneration wird erstens durch das Ausmaß bestimmt, in dem die alte Führungsgeneration an Posten festhält oder auf andere Weise in die Entscheidungsprozesse eingreift. Zweitens hängt sie von den Entwicklungen in den sozio-ökonomischen Problembereichen ab. Schließlich werden, drittens, externe Faktoren eine gewisse Rolle spielen, wobei die USA und damit zusammenhängend Taiwan an erster Stelle zu nennen sind.

Angesichts der Debatten westlicher Beobachter um die Besetzung des Ständigen Ausschusses des Politbüros stellt sich die Frage, ob es *programmatisch* tatsächlich einen großen Unterschied macht, wie viele Parteigänger Jiang Zemin in diesem Gremium vertreten sind oder ob er selbst weiterhin bei wichtigen Entscheidungen konsultiert wird. Auch im Falle eines gänzlichen Rückzugs Jiangs aus der Politik hätte die neue Führung längere Zeit zur Machtkonsolidierung gebraucht und wäre in dieser Phase keine politischen Wagnisse eingegangen, sofern sie überhaupt zu solchen bereit ist.

Wesentliche Bedeutung kommt aber dem zweiten der oben genannten Faktoren zu. Die Vielzahl und das Ausmaß der Probleme, die im ersten Teil der Studie skizziert wurden, begrenzen die gestalterischen Möglichkeiten. Die wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Probleme Chinas sind der Parteiführung vertraut. Unter der Maßgabe, daß über die obersten Ziele – Erhalt des Machtmonopols der KP und politische Stabilität – in der gesamten Führung Konsens besteht, ist die Bandbreite der Handlungsmöglichkeiten relativ schmal.⁹¹

Der 16. Parteitag stand zwar im Zeichen der (weitgehenden) Machtübergabe an die jüngere Generation, aber auch im Zeichen der Kontinuität und consequenten Weiterführung der begonnenen Reformen, insbesondere im ökonomischen Bereich. Jiang Zemin, wie auch sein Nachfolger Hu Jintao, stellten in ihren Reden die Fortführung der Wirtschaftsreformen in den Vordergrund. Hu Jintao verpflichtete sich nach

seiner Wahl zum neuen Generalsekretär der KPCh auf den von Jiang Zemin vorgegebenen Kurs.⁹²

Erst bei dem im März 2003 stattfindenden 10. Nationalen Volkskongreß (NVK) wird endgültig klar sein, wie die höchsten Regierungsposten personell besetzt werden. Daß Hu Jintao Staatspräsident wird, gilt als sicher. Ebenso scheint festzustehen, daß Wen Jiabao als Premierminister Zhu Rongjis Nachfolge antreten wird. Voraussichtlich wird Wu Bangguo den Vorsitz des NVK übernehmen (bisher Li Peng) und damit dem – zumindest formell – höchsten gesetzgebenden Organ vorstehen. Diese häufig als »Zustimmungsparlament« bezeichnete Institution hat in den letzten Jahren durch die im Rahmen des WTO-Beitritts notwendigen Gesetzesänderungen einen gewissen Machtzuwachs erfahren, ist jedoch weit davon entfernt, als unabhängige Legislative zu fungieren.⁹³

Erwartungen an die neue Führung

An die Zielvorstellungen der neuen Führung, in welche Richtung sich China in den nächsten Jahren verändern sollte, gibt es unterschiedliche Erwartungen in der chinesischen Bevölkerung und bei ausländischen Beobachtern. Wegen der personellen Unsicherheiten im Vorfeld des 16. Parteitages trat, wie oben erwähnt, kaum ein Anwärter auf eines der Spitzenämter in der Führung mit einem klar profilierten, vom bisherigen *Mainstream* abweichenden Programm hervor.

Aus diesem Mangel an expliziten Hinweisen auf Änderungsvorhaben erklärt sich, daß westliche Medien weitreichende Rückschlüsse aus Aktivitäten ziehen, die sich im weiteren Zuständigkeitsbereich eines Kandidaten abspielen. Beispielsweise stützt sich die Hoffnung, Hu Jintao werde grundlegende poli-

⁹² Hu Jintao zai Zhongyang Zhengzhiju Changwei yu jizhe jianmianhui shang de jianghua [Hu Jintaos Rede beim Treffen des Ständigen Ausschusses des Politbüros mit Reportern], <http://www.peopledaily.com.cn/GB/shizheng/252/8956/9416/20021115/867511.html> (Zugang: 16.11.2002).

⁹³ Siehe dazu Heike *Holbig*, Loyale Ambitionen. Die Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses, in: Ca, März 2001, S. 279–288.

⁹¹ Siehe auch *Holbig*, Die Politik entdeckt die »benachteiligten Gruppen« [wie Fn. 8], S. 274.

tische Reformen einleiten, im wesentlichen darauf, daß unter seiner Ägide Kurse über Sozialdemokratie in Europa und ähnliche Themen in das Curriculum der von ihm bis Dezember 2002 geleiteten Zentralen Parteischule aufgenommen wurden – eine Schlußfolgerung, die keineswegs zwingend ist.

Dennoch läßt sich, auf der Basis von öffentlichen und nichtöffentlichen Reden sowie von Dossiers, die von der Personalabteilung der KP zusammengestellt und über eine – offenbar zuverlässige – chinesische Quelle im Westen bekannt wurden,⁹⁴ zumindest ein ungefähres Bild davon gewinnen, welche Lösungsansätze von der neuen Generation für die im ersten Teil der Studie angesprochenen Fragen vertreten werden.

Wie von politischen Führern kaum anders zu erwarten, geben sich alle Kandidaten überzeugt davon, daß sich Chinas Probleme bewältigen lassen und sich seine Stellung in der Welt verbessern wird:

»Sie alle scheinen keinen Zweifel an Chinas wachsendem globalem Status zu haben, den sie durch ein kooperatives Verhältnis zu den USA und eine breiter angelegte Diplomatie gegenüber Europa und Rußland aufrechterhalten wollen. Ihre Zuversicht wird auch in ihrer Ansicht deutlich, daß China Tibet und Xinjiang weiterhin erfolgreich kontrollieren und seinen Anspruch auf Taiwan voranbringen wird.«⁹⁵

Aussicht auf politische Reformen?

Politische Reformen, die von chinesischen Intellektuellen- und Parteizirkeln diskutiert werden, betreffen zum einen die Kommunistische Partei selbst – ihre mögliche Entwicklung zur Volkspartei, Maßnahmen zur Bekämpfung von Korruption und Machtmißbrauch und innerparteiliche Demokratie sind hier die Stichworte –, zum anderen geht es um das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit.

⁹⁴ Siehe Andrew J. Nathan/Bruce Gilley, *China's New Rulers: The Path to Power*, in: *The New York Review of Books*, 26.9.2002, <http://www.nybooks.com/articles/15673> (Zugang: 22.9.2002) und Nathan/Gilley, *China's New Rulers: What They Want* [wie Fn. 72]. Die Autoren beziehen ihre Kenntnisse aus dem chinesischsprachigen Buch »Disidai« [Die vierte Generation], das, verfaßt von einem Partei-Insider, unter dem Pseudonym Zong Hairan im November 2002 in den USA erschienen ist. Dem Autor dieses Buches waren offensichtlich die Untersuchungsberichte der Organisationsabteilung der KP über zentrale Führungspersonen zugänglich.

⁹⁵ Nathan/Gilley, *China's New Rulers: What They Want* [wie Fn. 72].

Die »drei Repräsentationen« Jiang Zemins und der Vorschlag, neue gesellschaftliche Gruppen in die KP aufzunehmen, weckten zum Teil die Hoffnung, die KP plane ihre eigene Transformation in eine an europäischen Vorbildern orientierte sozialdemokratische Partei. Die auf Jiang Zemins Rede folgenden Kommentare aus der Parteiführung machten jedoch deutlich, daß eine solche Interpretation verfehlt und in den nächsten Jahren auch nicht damit zu rechnen ist, daß die KP zu einer Volkspartei (*quanmindang*) wird.⁹⁶

Zeng Qinghong und möglicherweise auch Hu Jintao gelten als reformorientiert im Sinne moderater politischer Reformen, wenngleich keinesfalls im Sinne westlicher Demokratievorstellungen. Das Machtmonopol der KP will bislang niemand antasten. Vermutlich wäre es auch nicht klug gewesen, sich als Kandidat für eine Führungsposition in diese Richtung zu äußern.

Korruption und Machtmißbrauch werden auch von der neuen Führung als zentrales Problem gesehen, durch das die KP die Unterstützung durch die Bevölkerung zu verspielen droht. An der Frage, wie diese Phänomene am besten zu bekämpfen sind, scheiden sich allerdings die Geister: Ein Lösungsvorschlag setzt auf parteiinterne Mechanismen wie Rekrutierung, Ausbildung, Bewertung und Beförderung von Kadern – Vorschriften dazu wurden im Juli 2002 verabschiedet – und auf die Disziplinkontrollkommission in der KP. Der alternative Weg besteht in mehr Aufsichtsmöglichkeiten von außen. Vor allem Li Ruihuans Äußerungen bei öffentlichen und informellen Auftritten hatten darauf schließen lassen, daß er die Einführung eines stärkeren Wettbewerbs um Regierungsposten bis hinauf zur Provinzebene befürwortete und den Massenmedien mehr (wenn auch keine unbegrenzte) Freiheit einräumen wollte. Zeng Qinghong soll in privaten Äußerungen ähnliche Positionen unterstützt haben.⁹⁷ Die Ergebnisse des Parteitages deuten allerdings darauf hin, daß die KP weiterhin hauptsächlich auf Selbstdisziplinierung setzt.⁹⁸ In

⁹⁶ Siehe Fewsmith, *Rethinking the Role of the CCP* [wie Fn. 87].

⁹⁷ Nathan/Gilley, *China's New Rulers: What They Want* [wie Fn. 72].

⁹⁸ Siehe Jiang Zemins Rede und die Äußerung des bisherigen Leiters der Disziplinkontrollkommission Wei Jianxing: »Unsere Partei ist vollkommen in der Lage, das Korruptionsproblem zu lösen« (*Xinhua*, 10.11.2002, zit. n. BBC Monitoring Global Newline – Asia-Pacific Political [Email-Dienst], 10.11.2002).

dieser Frage bleibt abzuwarten, ob sich die Idee stärkerer Kontrolle von außen durchsetzen wird.

Beim Stichwort »innerparteiliche Demokratie« geht die Diskussion vor allem um ein breiteres Mitspracherecht in der Partei. Ein Vorschlag besteht darin, den Parteikongreß nicht wie bisher nur alle fünf Jahre tagen zu lassen, sondern jährlich. Eine Interpretation deutet dies als den Versuch Jiang Zemins, sich auch nach Aufgabe seiner Parteiposten eine institutionelle Basis für die eigene Einflußnahme zu sichern.⁹⁹ Die Beschlüsse des Parteitages sehen ein solches Vorgehen vor, aber – jedenfalls vorläufig – nur durch ausgeweitete Versuche mit Parteikongressen auf Ebene der Städte und Kreise.¹⁰⁰

Der für die Sicherheitsorgane zuständige Luo Gan versucht, durch Erhöhung der Mittel für Gerichtshöfe und Gefängnisse deren Verwaltung effizienter zu gestalten; Todesurteile sollen nicht mehr ohne klare Beweise verhängt werden (nach offiziellen Angaben sind zwischen 1997 und 2001 ca. 60 000 Menschen als Folge von Polizeieinsätzen und Todesurteilen ums Leben gekommen).¹⁰¹

Da Luo Gan als Protegé Li Pengs gilt, dem die Hauptverantwortung für den Einsatz des Militärs gegen die demonstrierenden Studenten im Jahr 1989 angelastet wird, soll Luos Aufnahme in den Ständigen Ausschuß des Politbüros wohl auch demonstrieren, daß keine Neubewertung der Ereignisse auf dem Tiananmen-Platz bevorsteht.

Kurz nach dem 16. Parteitag gab es erste Meldungen, die auf eine größere Bereitschaft zum Experimentieren mit politischen Reformen auf lokaler und regionaler Ebene hindeuten: Der Parteisekretär von Fujian kündigte eine Ausweitung der Direktwahlen an, der Bürgermeister von Beijing sprach sich für mehr Transparenz und mehr Bürgerpartizipation an der Politik aus und im Hongkong-nahen Shenzhen, das als eine der ersten Wirtschaftszone nicht nur ökonomisch relativ weit fortgeschritten ist, soll sogar ein System der Gewaltenteilung ausprobiert werden. Die Initiative zu letzterem Versuch wird Zeng Qinghong zugeschrieben, der außerdem als neu ernannter Leiter der Zentralen Parteischule in Beijing

einen *Think Tank* für politische Reformen an dieser Institution einrichten will.¹⁰²

Wachstum als Programm

Ökonomisch herrscht in der »vierten Generation« Konsens, daß für Chinas Entwicklung weiterhin hohe Wachstumsraten notwendig sind. Im Unterschied zur Generation Deng Xiaopings und Jiang Zemins soll dieses Wachstum nicht mehr primär exportorientiert sein, sondern durch die Expansion der Binnen- nachfrage stimuliert werden (basierend auf Einkommenserhöhungen vor allem für untere und mittlere Schichten).

Wen Jiabao, designierter Nachfolger Zhu Rongjis im Amt des Premierministers, befürwortet offenbar eine beschleunigte Reform der Staatsbetriebe, die nicht mehr unbedingt am Modell der südkoreanischen Unternehmenskonglomerate, der Chaebols, orientiert ist. Dies bedeutet schnellere Schließung von verlustträchtigen – auch großen – Unternehmen und schnellere Privatisierung. Nur »strategische« Betriebe in den Bereichen Verteidigung, Energie, Transport und Telekommunikation sollen in Staatsbesitz bleiben. Das Problem der Staatsbanken und ihrer notleidenden Kredite genießt hohe Priorität: Wen Jiabao richtete bereits kurz nach dem 16. Parteitag Ende November 2002 eine Zentrale Führungsgruppe für Finanzsicherheit unter seinem Vorsitz ein.¹⁰³

Das Problem der wachsenden Ungleichgewichte zwischen Stadt und Land, Küstenprovinzen und Hinterland ist der neuen Führung präsent. Das Programm zur »Erschließung des Westens«, das darauf abzielt, durch den Aufbau von Infrastruktur die armen Regionen im Westen Chinas für Unternehmensinvestitionen attraktiver zu machen, um dadurch das Entwicklungsgefälle innerhalb des Landes zumindest nicht noch zu vergrößern, sieht Wen Jiabao aber offenbar kritisch – es soll lieber langsamer, dafür aber umweltverträglich vorangetrieben werden.¹⁰⁴

⁹⁹ Gang Lin, Jiang's Last Card: Empowering the National Party Congress, in: Lin/Shirk, The 16th CCP Congress [wie Fn. 5], S. 15–19 (18).

¹⁰⁰ Siehe Jiang Zemins Parteitagsrede [wie Fn. 85].

¹⁰¹ Nathan/Gilley, China's New Rulers: What They Want [wie Fn. 72].

¹⁰² Siehe Taipei-Times-Webseite, 2.1.2003, zit. n. BBC Monitoring Global Newline – Asia Pacific Political, 2.1.2003; James Kynge, China Tests »Western« Reform, in: FT, 13.1.2003, S. 1.

¹⁰³ Siehe SCMP, 3.1.2003, zit. n. BBC Monitoring Global Newline – Asia-Pacific Economic, 3.1.2003.

¹⁰⁴ Nathan/Gilley, China's New Rulers: What They Want [wie Fn. 72].

Im Jahr 2002 erreichte China wieder ein Wachstum von 8%. Zu diesem Ergebnis trugen erneut hohe Steigerungen bei den Exporten von 22% und eine Zunahme der staatlichen Anlageinvestitionen von fast 25% nicht unwesentlich bei. Offenbar setzt man auch weiterhin auf staatlich finanzierte Großprojekte, um die Konjunktur zu unterstützen.¹⁰⁵ Ein Ende der expansiven staatlichen Ausgabenpolitik scheint erst einmal nicht in Sicht. Ob diese Investitionen in der Zukunft tatsächlich die gewünschten positiven Effekte auf den Lebensstandard der breiten Bevölkerung haben werden, bleibt abzuwarten.

Mit seinen ersten Reisen nach dem 16. Parteitag hat Hu Jintao signalisiert, sich verstärkt um die Belange der armen Provinzen kümmern zu wollen: Sie führten ihn nach Xibaibo (Hebei), wo Mao im Jahr 1949 eine Rede über »einfaches Leben und harten Kampf« gehalten hatte, und in die Innere Mongolei. In seiner Rede in Xibaibo betonte Hu die von Mao beschworenen Werte. Er unterstrich damit sein Eintreten für die Interessen der ärmeren Bevölkerungsschichten.¹⁰⁶

Kontinuität in der Außenpolitik

Bislang hat in der neuen Führung nur Hu Jintao einige Erfahrungen auf internationalem Parkett. Kein Mitglied des neuen Ständigen Ausschusses war in der von Jiang Zemin geleiteten »Zentralen Führungsgruppe für ausländische Angelegenheiten« vertreten, ebensowenig in der Gruppe für Taiwan-Angelegenheiten. Dem Vernehmen nach hat Hu Jintao aber eine informelle Arbeitsgruppe eingerichtet, die langfristige Strategien für den Umgang mit dem US-Kongreß und für das Image Chinas in den USA ausarbeiten soll.¹⁰⁷

¹⁰⁵ Joseph Kahn, China Gambles on Big Projects for Its Stability, in: New York Times (NYT) (online), 13.1.2003; Phelim Kyne, China's Exports Surged in 2002, in: AWStJ, 13.1.2003, S. A3.

¹⁰⁶ Erik Eckholm, China's New Leader Works to Set Himself Apart, in: NYT (online), 12.1.2003; Willy Wo-Lap Lam, Hu Strikes Back at Jiang, 18.12.2002, <http://asia.cnn.com/2002/WORLD/asiapcf/east/12/16/willy.column/index.html> (Zugriff, 18.12.2002).

¹⁰⁷ James Kynge, Apparatchik Who May Raise the Party's Clout, in: FT, 15.3.2002, S. 11. Mitglieder dieser Gruppe sind nach dieser Quelle neben Hu selbst Zheng Bijian (amtierender Vize-Präsident der Zentralen Parteischule), Zhao Qizheng (Minister im Informationsamt des Staatsrates), Li Zhaoxing (stellvertretender Außenminister) und Wang Zaixi (General und stellvertretender Minister des Amtes für Taiwan-Angelegenheiten beim Staatsrat).

Außenpolitisch sind vorläufig insofern keine stärkeren Kursänderungen zu erwarten, als die Beziehungen zu den USA – trotz aller Pendelausschläge – einigermaßen stabil sind. Grundsätzlich sieht sich China als Stütze des globalen Status quo; Gefahr droht in der gegenwärtigen Welt durch »Hegemonismus« und Machtpolitik der USA.

Die nach dem 11. September eingetretenen Veränderungen im Sinne einer verstärkten amerikanischen (militärischen) Präsenz rund um China werden als Versuch der Einkreisung wahrgenommen, der im Kontext des amerikanischen Bemühens zu sehen ist, die eigene unangefochtene Machtposition gegen ein erstarkendes China zu behaupten. Alle anderen außenpolitischen Beziehungen, insbesondere zu Rußland, Japan und Europa, orientieren sich für die chinesische Führung an diesem zentralen Verhältnis zu den USA:

»Sie akzeptieren das Verhältnis gegenseitiger Abhängigkeit und gegenseitigen Mißtrauens zu den USA als unvermeidlich; und sie hoffen, sowohl die Macht der USA beschränken als auch zu vorteilhaften Beziehungen zu ihnen kommen zu können. Sie sehen auch große Perspektiven für Vorteile in ihren Beziehungen zu Europa, und sie haben vor, am globalen System teilzuhaben und an seiner Gestaltung mitzuwirken.«¹⁰⁸

Die Beziehungen zu Europa sieht die neue chinesische Führung als weit weniger problematisch an als die zu den USA. Man teilt mit den EU-Staaten das Interesse, unilateralistischen Tendenzen der USA entgegenzuwirken. Selbst die europäische Kritik an Chinas Menschenrechtssituation wird eher als Produkt kultureller Unterschiede wahrgenommen denn als Bestandteil einer Eindämmungsstrategie wie im Falle der USA. Vorschläge aus europäischer Richtung werden daher mit weniger Mißtrauen gehört.¹⁰⁹

Zukunftsszenarien

Der biographische Hintergrund der »vierten Generation« ist, wie oben schon ausgeführt, dadurch gekennzeichnet, daß ihre Protagonisten nicht mehr von Revolution und Bürgerkrieg geprägt sind. Ihr Handeln und ihre Entscheidungen sind nicht an starren ideologischen Überzeugungen orientiert. Aufgrund ihrer prag-

¹⁰⁸ Nathan/Gilley, China's New Rulers: What They Want [wie Fn. 72].

¹⁰⁹ Ebd.

matischen und technokratischen Haltung kann auf mittlere Sicht eine gewisse Liberalisierung erwartet werden, ein möglicher Übergang zu einem »weichen und modernen Autoritarismus«.¹¹⁰

Der Kurs, den die abtretende Führung verfolgt hat und den die neue fortzusetzen beabsichtigt, sofern nicht die gesellschaftlichen Entwicklungen etwas anderes erzwingen, sieht vor, die wirtschaftliche Transformation voranzutreiben und politisch jeweils *innerhalb* einzelner Bereiche (Justiz, Regierungsinstitutionen, Verwaltung etc.) notwendige Anpassungen in kleinen Schritten vorzunehmen, ohne das Machtgefüge grundsätzlich zu verändern und vor allem ohne das Machtmonopol der KP zu gefährden oder aufzugeben. Entscheidungen darüber, welche Anpassungen notwendig sind, trifft alleine die Partei, die dabei aber verstärkt auf Konsultation setzt. Unter ihrem Dach werden – nicht zuletzt durch die Öffnung für die neue Mittelschicht – verschiedenste gesellschaftliche Kräfte, Verbände und Organisationen vereint, die zunehmend heterogene und sogar widersprüchliche wirtschaftliche und soziale Interessen vertreten. Die Legitimation der Partei soll sich daraus herleiten, daß sie als letztlich einziger Sachwalter und Mediator diese unterschiedlichen innerchinesischen Interessen miteinander vereinbart und ausgleicht und gleichzeitig Chinas nationale Interessen auf internationalem Parkett vertritt und gegenüber externen Gefahren – zum Beispiel den Folgen der Globalisierung¹¹¹ – schützt.

Unter westlichen China-Beobachtern wird überwiegend die Meinung vertreten, daß ohne Demokratisierung im westlichen Sinne die Widersprüche zwischen politischem System und den – von eben diesem System angestoßenen – wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen zwangsläufig zu einer unhaltbaren Situation führen werden. Dies könnte dann den Verlust wirtschaftlicher Dynamik und Stagnation zur Folge haben,¹¹² längerfristig das politische System sprengen. Ein Zusammenbruch der

Parteiherrschaft,¹¹³ begleitet von sozialen Verwerfungen und Chaos, wäre die Folge.

Eine solche Entwicklung ist zwar nicht auszuschließen. In der Vergangenheit hat sich die chinesische Führung allerdings als erstaunlich anpassungs- und überlebensfähig erwiesen. Auch der neuen Führung sind Einsicht in Notwendigkeiten und Flexibilität zuzutrauen:

»Die Aufzeichnungen und Aussagen [der »vierten Generation«] machen deutlich, daß sie im Unterschied zu den sowjetischen Führern vor Gorbatschow eine realistische Vorstellung davon haben, wie ihr System funktioniert und worin seine Schwächen bestehen. Die vierte Generation ist sich der verbreiteten Unzufriedenheit mit der Kommunistischen Partei bewußt, aber dadurch nicht eingeschüchtert. Sie [die Vertreter dieser Generation, G.W.] sind bereit, die ökonomischen Reformen der Vergangenheit fortzusetzen und neue Maßnahmen zu ergreifen, um gegen die sich verschlimmernde wirtschaftliche Ungleichheit anzugehen, ohne die führende Rolle des Staates in der Wirtschaft aufzugeben. Sie wollen lange aufgeschobene Probleme zur Modernisierung des Parteistaates anpacken, aber nicht ihr System dem Vorbild westlicher Demokratie anpassen.«¹¹⁴

Die neue Führung wird zunächst ihre interne Machtbalance ausloten und finden müssen. Dieser Prozeß sowie die grundsätzliche Betonung von Stabilität und Konsens bedeuten, daß in den nächsten Jahren weder innenpolitisch noch wirtschaftlich oder in der Außenpolitik mit abrupten Umschwüngen oder substanziellen Neuorientierungen zu rechnen ist. Wahrscheinlich ist aber, daß man verstärkt mit politischen Reformen auf unterer Ebene experimentieren wird, ähnlich wie in den letzten zwanzig Jahren Wirtschaftsreformen in begrenzten Experimenten auf ihre Tauglichkeit hin ausprobiert wurden.

110 Bruce Gilley, *The Implications of China's Leadership Succession for the United States*. A Submission to the U.S.-China Security Review Commission Hearing, 23.9.2002, <http://www.uscc.gov/gilley.pdf> (Zugang 20.10.2002).

111 Siehe dazu Heike Holbig, *The Evolution of China's Political System: New Rules for Communist Party Rule?*, in: Heike Holbig/Robert Ash (Hg.), *China's Accession to the World Trade Organization*, London/New York 2002, S. 157–175.



112 Siehe Minxin Pei, *China's Governance Crisis*, in: *Foreign Affairs*, 51 (September/Oktober 2002) S. 96–109.

113 Siehe z.B. Sebastian Heilmann, *Wie stabil ist der Koloss?*, in: *Handelsblatt*, 7.11.2002, S. 12.




114 *Nathan/Gilley, China's New Rulers: What They Want* [wie Fn. 72].

Anhang




Der Ständige Ausschuß des Politbüros nach dem 16. Parteitag (1)

	Hu Jintao 	Wu Bangguo 	Wen Jiabao 
Alter	59 Jahre	61 Jahre	60 Jahre
Ausbildung	Ingenieur (Qinghua-Universität)	Ingenieur (Qinghua-Universität)	Geologe (Beijing)
Gehört zu	Qinghua-Universität/ Kommunistische Jugendliga	»Shanghai-Clique«	steht Zhu Rongji nahe
Posten bis zum 16. Parteitag	<p>Frühere Posten Sekretär, Kommunistische Jugendliga (1982–85) Parteisekretär in Guizhou (1985–88) Parteisekretär in Tibet (1988–92)</p> <p>Regierung Vize-Staatspräsident (seit 1998) Vize-Vorsitz, ZMK (seit 1999) Mitglied, Staatl. Führungsgruppe für Informationsarbeit</p> <p>Partei Ständiger Ausschuß des Politbüros (seit 1992) Mitglied, Sekretariat des ZK (seit 1992) Vize-Vorsitz, ZMK der KP (seit 1999) Präsident, Zentrale Parteischule (von 1993 bis Anfang Dez. 2002) Leiter, Führungsgruppe für Parteaufbau Vize-Vorsitz, Organisationskomitee</p>	<p>Frühere Posten Parteisekretär von Shanghai (1991–94)</p> <p>Regierung Vize-Premierminister (seit 1995) Mitglied in verschiedenen Führungsgruppen Leiter, Nationale Führungsgruppe für Regulierung und Standardisierung der marktwirtschaftlichen Ordnung Leiter, Nationale Führungsgruppe für die Umsetzung der Chemiewaffenkonvention Leiter, Nationale Gruppe zur Koordinierung der Arbeit zur Bekämpfung gefälschter Produkte Vorsitz, Staatsratskomitee für Produktionssicherheit</p> <p>Partei Politbüromitglied (seit 1992) Sekretär, Zentrales Arbeitskomitee für Unternehmen (seit 1998) Stellv. Leiter, Zentrale Führungsgruppe für Finanzen und Wirtschaft</p>	<p>Frühere Posten Leiter, ZK-Hauptkanzlei (1986–93)</p> <p>Regierung Vize-Premierminister (seit 1998) Stellv. Leiter, Führungsgruppe für die Entwicklung der westlichen Regionen Leiter, Führungsgruppe zur Hilfe für die Armen durch Entwicklung Leiter, Staatl. Hauptquartier für Flutkontrolle und Dürreilfe</p> <p>Partei Politbüromitglied (seit 1997) Generalsekretär, Zentrale Führungsgruppe für Finanzen und Wirtschaft (seit 1998) Leiter, Zentrale Führungsgruppe für ländliche Arbeit</p>
+/-	+ Erfahrung in armen Provinzen – noch wenig Erfahrung in Wirtschaft und Außenpolitik		+ verschiedene Portfolios im Wirtschaftsbereich, Allianzen-schmied – keine Erfahrung auf Provinz-ebene
16. Parteitag	Generalsekretär der KP (bisher: Jiang Zemin)		
mögliche Ämter	Staatspräsident, Vorsitzender der ZMK (beides z.Zt. Jiang Zemin)	Vorsitzender, Ständiger Ausschuß des NVK? (z.Zt. Li Peng)	Premierminister (z.Zt. Zhu Rongji)

Der Ständige Ausschuß des Politbüros nach dem 16. Parteitag (2)

	<i>Jia Qinglin</i>	<i>Zeng Qinghong</i>	<i>Huang Ju</i>
			
Alter	62 Jahre	63 Jahre	64 Jahre
Ausbildung	Ingenieur (Hebei)	Ingenieur (Beijing)	Ingenieur (Qinghua-Universität)
Gehört zu	»Shanghai-Clique«	»Shanghai-Clique«	»Shanghai-Clique«
Posten bis zum 16. Parteitag	<p>Frühere Posten Parteisekretär und Gouverneur der Provinz Fujian (1993–96) Bürgermeister und Parteisekretär von Beijing (1996–99)</p> <p>Partei Politbüromitglied (seit 1997) Parteisekretär von Beijing (seit 1997)</p>	<p>Frühere Posten Leiter, Organisationsabteilung der KP in Shanghai (1984–86) Leiter, ZK-Hauptkanzlei (1993–99)</p> <p>Partei Alternierendes Politbüromitglied (seit 1997) Mitglied, Sekretariat des ZK (seit 1997) Direktor, Zentrale Organisationsabteilung (seit 1999)</p>	<p>Frühere Posten Bürgermeister von Shanghai (1991–95)</p> <p>Partei Politbüromitglied (seit 1994) Parteisekretär von Shanghai (seit 1994)</p>
	gab im Oktober 2002 seinen Posten in Beijing auf		gab im Oktober 2002 Posten in Shanghai auf
+/-	- wird in Verbindung mit großem Korruptionsskandal in Fujian gebracht	+ reiche Erfahrung in Personalangelegenheiten, Verhandlungsgeschick - gilt als Handlanger Jiang Zemins; »Prinzling«	- Schwiegersohn in USA mit Verbindungen zu Taiwan
16. Parteitag		1. Sekretär des Sekretariats des ZK Leiter der Zentralen Parteischule (seit Anfang Dez. 2002; davor: Hu Jintao)	
mögliche Ämter	Vorsitzender der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes? (z.Zt. Li Ruihuan)	Posten in wichtigen Führungsgruppen der Partei Vize-Präsident?	1. Vize-Premier zuständig für Industrie?

Der Ständige Ausschuß des Politbüros nach dem 16. Parteitag¹¹⁵ (3)

	Wu Guanzheng	Li Changchun	Luo Gan
			
Alter	64 Jahre	58 Jahre	67 Jahre
Ausbildung	Ingenieur (Qinghua-Universität)	Ingenieur (Harbin)	Ingenieur (teilw. DDR)
Gehört zu	steht Hu Jintao und Zeng Qinghong (und Jiang Zemin) nahe	»Shanghai-Clique«	steht Li Peng nahe
Posten bis zum 16. Parteitag	Frühere Posten Parteisekretär und Bürgermeister von Wuhan (1983–86) Gouverneur und Parteisekretär von Jiangxi (bis 1997)	Frühere Posten Parteisekretär und Bürgermeister von Shenyang (1983–86) Gouverneur von Liaoning (1987–90) Gouverneur und Parteisekretär von Henan (1991–98)	Frühere Posten Parteisekretär von Henan (1981–83) Minister für Arbeit (1988)
	Partei Politbüromitglied (seit 1997) Leiter der Parteschule von Shandong Parteisekretär von Shandong (seit 1997; im Juni 2002 bestätigt)	Partei Politbüromitglied (seit 1997) Parteisekretär von Guangdong (seit 1998; im Mai 2002 bestätigt)	Partei Politbüromitglied (seit 1997) <i>Mitglied</i> , Sekretariat des ZK (seit 1997) <i>Sekretär</i> , Komitee für politische und Rechtsangelegenheiten der KP (seit 1998) <i>Vorsitz</i> , Kommission für die umfassende Regelung der gesamten Sicherheit <i>Vorsitz</i> , Kommission zum Schutz von Parteigeheimnissen <i>Vizevorsitz</i> , Zentrales Organisationskomitee
	23.11.2002: Aufgabe der Posten in Shandong	23.11.2002: Aufgabe der Posten in Guangdong	
+/- nach 16. Parteitag	Leiter der Disziplin-kontrollkommission der KPCh (bisher: Wei Jianxing)		
mögliche Ämter		Propagandaabteilung?	Kommission für Politische und Rechtsangelegenheiten der KP?

¹¹⁵ Die Zusammenstellung der bisherigen Ämter basiert auf den regelmäßig erscheinenden Angaben in China aktuell (*Liu Jen-Kai*, The Main National Leadership of the PRC) sowie dem Anhang in: *Lin/Shirk*, The 16th CCP Congress [wie Fn. 5], S. 45; [o.Verf.], *Zhong Gong shiliu jie Zhongyang lingdao jigou chengyuan jianli* [Kurze Geschichte der Mitglieder der Führungsorgane des 16. ZK der KPCh], in: *Renmin Ribao*, 16.11.2002, S. 2–3, 5; *Xinhua*, 23.11.2002, zit. n. BBC Monitoring Global Newline – Asia Pacific Political (Email-Dienst), 23.11.2002.

Mitglieder des Politbüros nach dem 16. Parteitag**Altes Politbüro:**

Ständiger Ausschuß: 7 Mitglieder

Politbüro: 23 Mitglieder, 2 nicht stimmberechtigte Mitglieder

16. Parteitag: 2114 Delegierte**Zentralkomitee des 16. Parteitages:** 356 Mitglieder**Neues Politbüro:**

Ständiger Ausschuß: 9 Mitglieder (siehe oben, S. 32ff)

Politbüro: 15 Mitglieder plus 1 nicht stimmberechtigtes Mitglied¹¹⁶

<i>Wang Lequan</i> (Parteisekretär von Xinjiang) geb. 1944	<i>Wang Zhaoguo</i> (Leiter der Abteilung für Einheitsfrontarbeit) geb. 1941	<i>Hui Liangyu</i> (Parteisekretär von Jiangsu; Hui-Minorität) geb. 1944
<i>Liu Qi</i> (Parteisekretär und Bürger- meister von Beijing) geb. 1942	<i>Liu Yunshan</i> (Leiter der Propagandaabteilung) geb. 1947	<i>Wu Yi</i> (Staatsrat, weiblich) geb. 1938
<i>Zhang Lichang</i> (Parteisekretär von Tianjin) geb. 1939	<i>Zhang Dejiang</i> (Parteisekretär von Zhejiang; seit 23.11.2002: Parteisekretär von Guangdong) geb. 1946	<i>Chen Liangyu</i> (Parteisekretär von Shanghai) geb. 1946
<i>Zhou Yongkang</i> (Parteisekretär von Sichuan; neu: Minister für öffentliche Sicherheit) geb. 1942	<i>Yu Zhengsheng</i> (Parteisekretär von Hubei) geb. 1945	<i>He Guoqiang</i> (Leiter der Organisationsabteilung) geb. 1943
<i>Guo Boxiong</i> (ZMK-Vize-Vorsitzender) geb. 1942	<i>Cao Gangchuan</i> (ZMK-Vize-Vorsitzender) geb. 1935	<i>Zeng Peiyan</i> (Vorsitzender der Staat- lichen Entwicklungsplanungs- kommission) geb.1938

alternierendes

(nicht stimmberechtigtes) Mitglied:

Wang Gang

(Leiter der ZK-Hauptkanzlei;

Mitglied des Sekretariats des ZK)

¹¹⁶ Angaben nach: Zhong Gong shiliu jie Zhongyang lingdao jigou chengyuen jianli [wie Fn. 115], S. 2–3, 5.

Zentrale Militärkommission (ZMK) der KPCh

alt	neu ¹¹⁷
Vorsitz: Jiang Zemin	Vorsitz: Jiang Zemin
Vizevorsitz: Chi Haotian (75), Verteidigungsminister Gen. Zhang Wannian (74) Hu Jintao	Vizevorsitz: Hu Jintao* Guo Boxiong** (geb. 1942), z.Zt. stellvertretender Generalstabschef; Krebs?; künftig Logistikabteilung? Cao Gangchuan** (geb. 1935), z.Zt. Leiter der Abteilung für Bewaffnung [Ausrüstung]; könnte Verteidigungsminister werden oder Generalstabschef
Mitglieder (7): Cao Gangchuan , Ausrüstung – Bewaffnung Fu Quanyou (72), Generalstab Guo Boxiong (66), Generalstab, Vize, executive Wang Ke (71), Logistik Wang Ruilin (74), Vize, Politische Abteilung Xu Caihou , Geschf. Vize, Politische Abteilung Yu Yongbo (70), Politische Abteilung	Mitglieder (4): Xu Caihou (geb. 1943), stellvertretender Leiter der Politischen Abteilung der VBA; könnte Politische Abteilung über- nehmen Liang Guanglie (geb. 1940), bisher Kommandeur der Militär- region Nanjing Liao Xilong (geb. 1940), bisher Kommandeur Chengdu Li Jinai (geb. 1942), Politikkommissar der Abteilung für Bewaff- nung [Ausrüstung] der VBA

Fett markiert sind Kommissionsmitglieder, die im alten *und* im neuen ZMK vertreten sind.

* = Gleichzeitig Mitglied im Ständigen Ausschuß des Politbüros.

** = Gleichzeitig Politbüromitglied.

Abkürzungen

AWStJ	Asian Wall Street Journal
BIP	Bruttoinlandsprodukt
Ca	China aktuell
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FEER	Far Eastern Economic Review
FT	Financial Times
IHT	International Herald Tribune
IWF	Internationaler Währungsfonds
KPCh	Kommunistische Partei Chinas
NPL	Non-Performing Loans
NVK	Nationaler Volkskongreß
NYT	New York Times
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
PKKCV	Politische Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes
PPP	Purchasing Power Parity
SCMP	South China Morning Post
SZ	Süddeutsche Zeitung
VBA	Volksbefreiungsarmee
ZK	Zentralkomitee
ZMK	Zentrale Militärkommission

¹¹⁷ Website von China Daily zum 16. Parteitag,
<http://www.chinadaily.com.cn/highlights/party16/structure2.html>
 (Zugriff: 20.11.2002).